ISSN 0940-8665
48. Jahrgang / Dezember 2012
5,00 Euro

Rundbrief 2

2012

Nachbarschaftsheime ■ Bürgerzentren ■ Soziale Arbeit

In dieser Ausgabe:

Nachbarschaftsheime und Gemeinwesenarbeit
- Eine Erwiderung zum Festgespräch 60 Jahre VskA
- Ein Plädoyer für mehr Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern

Internationale Arbeit
- Bericht von der Vorstandssitzung des IFS in Bristol
- IFS Europe gegründet

Finanzierung von Leistungen Dritter durch Mittel der öffentlichen Hand
Auszüge aus einer Diplomarbeit

Besondere Veranstaltungen
- Das Rückkehrfest im Nachbarschaftshaus Wiesbaden
- Das Fest der Nachbarn - Rückblick 2012 und Ausblick 2013
- Kreative Vielfalt – der 2. bundesweite Tag der Soziokultur

Nachruf **Norbert Burger**

Die jüdische Settlementbewegung in Mitteleuropa
im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Mittelhof e.V. - gelebte Werte und Traditionen heute

Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.

Der Rundbrief wird herausgegeben vom
Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Tucholskystr. 11, 10117 Berlin

Telefon: 030 280 961 03
Fax: 030 862 11 55
E-Mail: bund@sozkult.de
Internet: www.vska.de

Redaktion: Birgit Monteiro
Gestaltung: Gabriele Hulitschke
Druck: Druckerei Alte Feuerwache GbR, Berlin

Der Rundbrief erscheint halbjährlich
Einzelheft: 5 Euro inkl. Versand

Titelbild:
Das Bürgerhaus Oslebshausen in Bremen feierte mit einem Frühlingsempfang am 16.03.2012 sein 35-jähriges Jubiläum.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem 01.05.2010 bin ich als Geschäftsführerin des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit tätig.
Als „die Neue“ fühlte ich mich, so lange ich nicht bei allen Mitgliedsorganisationen wenigstens einmal vor Ort war. Die Treffen und Gespräche am Rande der jährlichen Mitgliederversammlungen und unsere 60-Jahrfeier waren zum Kennenlernen viel zu wenig. Die Zusammenführung von Landesgruppe und Bundesverband sowie die Ausgründung der Tochtergesellschaft hielten mich dann doch intensiver in Berlin fest, als ich es mir gewünscht hätte. Im Mai 2011 reiste ich immerhin zu 20 Jahren Labyrinth, einem Projekt unserer Mitgliedsorganisation ISSA, Initiative für sozialpädagogische und soziokulturelle Arbeit, nach Greifswald, und im März 2012 zum 35. Geburtstag des Bürgerhauses Oslebshausen in Bremen. Und im Oktober 2012 bereiste ich endlich alle weiteren 14 Mitgliedsorganisationen in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Ich nutzte die Reise, um die Kolleginnen und Kollegen vor Ort und ihre Arbeitsbedingungen kennenzulernen und die Mitgliederbefragung 2012 zu vervollständigen. In diesem Rundbrief finden Sie als fortlaufende Bildleiste Fotoimpressionen der Reise, die Ergebnisse der Befragung werden ausführlich im nächsten Rundbrief im Rahmen der Dokumentation der Jahrestagung Stadtteilarbeit 2012 vorgestellt. Die Jahrestagung 2013 soll übrigens in Köln stattfinden. Auch das war ein Ergebnis der Reise. Außerdem laden wir alle Mitlieder und deren Kooperationspartner herzlich ein, sich am Europäischen Fest der Nachbarn zu beteiligen, das am Freitag, dem 31.05.2013, stattfinden wird.

Bis dahin ist es aber noch ein Weilchen hin, zum Glück! Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2013 mit weniger Bürokratie, mehr Raum für inhaltliche Arbeit und Konzeptentwicklung. Und vor allem für Begegnungen!

Mit herzlichem Gruß
Birgit Monteiro, Geschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

Seite

Dieter Oelschlägel
4 **Nachbarschaftsheime und Gemeinwesenarbeit**
Markus Runge
8 **Ein Plädoyer für mehr Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern**
Bericht und Fotos
11 **Rückkehrfest 2012 NBH Wiesbaden**
Auszug aus der Diplomarbeit von Roman Spohn
12 **„Finanzierung von Leistungen Dritter durch Mittel der öffentlichen Hand“**
Vanessa Schwartz, Renate Wilkening
16 **Bericht von der Vorstandssitzung des IFS in Bristol**
Eröffnung IFS Büro in Berlin
Prof. Schneider
18 **Kreative Vielfalt** / Zweiter „Tag der Soziokultur“
Bericht
19 **Das Fest der Nachbarn** - Rückblick 2012 und Ausblick 2013
Nachruf Norbert Burger
Dieter Oelschlägel
21 **Die jüdische Settlementbewegung in Mitteleuropa**
Ingrid Alberding
32 **Mittelhof e.V. - gelebte Werte und Traditionen heute**

Dieter Oelschlägel

Nachbarschaftsheime und Gemeinwesenarbeit

Im vorigen Jahr feierte der Verband für sozial-kulturelle Arbeit, ehemals Verband Deutscher Nachbarschaftsheime, seinen 60. Geburtstag. Dabei wurde auch im Gespräch zwischen Sabine Beikler, Georg Zinner und Herbert Scherer die Geschichte des Verbandes nachvollzogen. Zu Recht wurde in diesem Gespräch auch die Rolle der Gemeinwesenarbeit im Verband behandelt. Allerdings wurde sie von den Gesprächsteilnehmern etwas verkürzt und einseitig dargestellt. Das ist von den Erfahrungen und dem Blickwinkel der Diskutanten her verständlich. Wenn ich als Vertreter der „jungen, radikalen Sozialarbeiter- und Studentenbewegung“ (Herbert Scherer), der 1970 in Heerstraße Nord in der Gemeinwesenarbeit angefangen hat, die Geschichte aus meiner Sicht – inzwischen habe ich mich intensiv mit Gemeinwesenarbeit praktisch und theoretisch beschäftigt – darzustellen versuche, ist das sicherlich auch eine persönliche Sicht, aber doch der Versuch, aus der zeitlichen Distanz das Verhältnis GWA und Nachbarschaftsheime aus einer anderen Perspektive zu erzählen (Dieter Oelschlägel 1991 und 2002).

In der Nachkriegszeit gab es zunächst nur eine literarische Rezeption amerikanischer, englischer und niederländischer Ansätze von GWA in Westdeutschland, obwohl aus den USA einige ehemalige Mitarbeiterinnen der SAG Berlin-Ost zurückkehrten, wie Magda Kelber, Elisabeth von Harnack und Herta Kraus. Letzterer verdanken wir den ersten Beitrag über GWA, der in einer deutschen Fachzeitschrift erschien (Kraus 1951).

Praktische Beispiele aus dieser Zeit kennen wir kaum. Ausländische Hilfsorganisationen, besonders die Quäker, beteiligten sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit am Aufbau von Nachbarschaftsheimen, die durch Verteilung von Sachspenden und Lebensmitteln, Unterstützung von Flüchtlingen und Evakuierten, Aufbau von Selbsthilfe-Werkstätten usw. die unmittelbare Not zu bekämpfen versuchten und wie die Settlements in den Nachbarschaften Selbsthilfe anregten. 1951 schlossen sich 14 solcher Einrichtungen zum „Verband deutscher Nachbarschaftsheime“ zusammen. Das Personal der ausländischen Hilfsorganisationen wurde zurückgezogen, hatte aber die fachlich-methodische Diskussion angestoßen. Wenn auch verschiedentlich behauptet, GWA war das noch nicht, sondern bis Mitte der sechziger Jahre eher sozialpädagogische Gruppenarbeit.

Der Verband Deutscher Nachbarschaftsheime stieg aber bald in die noch junge, kaum entwickelte GWA-Diskussion ein. In der damals regelmäßig erscheinenden Broschüre „Unsere Nachbarschaftsheime“ konnte man 1963/64 lesen: „Die dritte Methode sozialer Arbeit schließlich, die ‚Community organization‘, die in den angelsächsischen Ländern und in den Niederlanden recht lebendig praktiziert wird, sollte in Zukunft in den deutschen Nachbarschaftsheimen entwickelt werden. Für solche Gemeinwesenarbeit bieten sie mit ihren in die Nachbarschaft hineinreichenden Kontakten gute Ansatzpunkte“ (Unsere Nachbarschaftsheime 1964/64, 35). Und 1965 schrieb W. Hartwieg, Beiratsmitglied des Verbandes, in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“, in der auch der erste Artikel der GWA erschienen war, einen Beitrag „Das Nachbarschaftsheim als Ausgangspunkt für soziale Arbeit im Gemeinwesen“, der diesen Gedanken unterstrich. Gerade die Nachbarschaftsheime, so Hartwieg, seien ein guter Ausgangspunkt einer Arbeit im Gemeinwesen. „Was in den Nachbarschaftsheimen geschieht, hat Zielsetzungen und Auswirkungen, die denen einer Gemeinwesenarbeit nahe kommen. Sie sind offen für die Nöte aller Menschen in der Nachbarschaft. Sie haben das Prinzip der verantwortlichen Mitwirkung der Bürgerschaft.“ (Hartwieg 1965,203f.)

So wurde der „Verband deutscher Nachbarschaftsheime“ bis in die 80er Jahre zu einem wesentlichen Faktor der GWA-Entwicklung in Theorie und Praxis. Einerseits förderte er die Diskussionen durch Tagungen (z.B. 1964 Einzelhilfe – Gemeinwesenarbeit, 1965 Nachbarschaftsheime und Gemeinwesenarbeit) und seit 1964 durch den Rundbrief, der das Thema GWA von Anfang an behandelte und über weite Strecken die Fachzeitschrift für GWA in Deutschland war; andererseits initiierte und trug der Verband selbst GWA-Projekte in Berliner Neubauvierteln (Tegel-Süd, Märkisches Viertel, Heerstr. Nord), aber auch in „klassischen“ Nachbarschaftsheimen, wie dem Mittelhof in Berlin oder Frankfurt-Bockenheim.

Klaus Niestroy, Mitarbeiter in Frankfurt-Bockenheim, beschrieb die Wendung der (vieler) Nachbarschaftsheime zur GWA so: „Nachbarschaftsheimarbeit so verstanden, wäre dann nicht mehr ausschließlich Sozialarbeit, sondern sie hätte in gleich starkem Maße die Begriffe Bildung und Kultur mit einzubeziehen. Gemeinsam an den Problemen eines Stadtteils zu arbeiten, hieße aber gleichzeitig Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Gruppen und interessierten engagierten Kräften eines geographischen Gebietes anzustreben. Bürger, die ihre Bedürfnisse äußern, die gemeinsam an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mitwirken, die Entscheidungsprozesse und ihr Zustandekommen durchschauen lernen, werden langfristig auch fähig, Erfolge und Misserfolge ihrer Bemühungen einzuschätzen und daraus Konsequenzen zu ziehen.“ (Niestroy 1974 , 110) Ähnlich hat das auch Georg Zinner im Interview gesagt: „Das (die Gemeinwesenarbeit D.Oe.) hat sehr zur Philosophie der Gründung der Nachbarschaftsheime gepasst, dass man die Bürger dazu ermuntern wollte, ihre eigenen Interessen und Angelegenheiten in die Hand zu nehmen“ (Interview Rundbrief 2011/2/8).

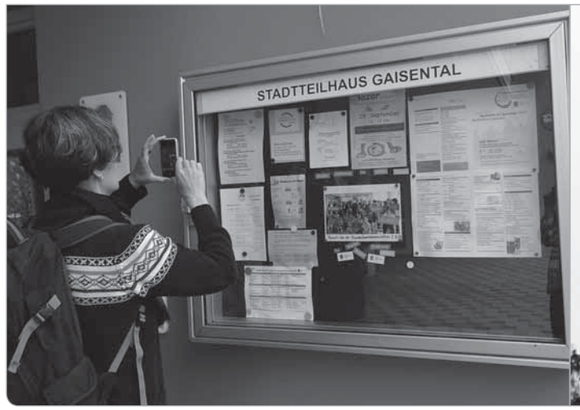
Aber von Beginn an gab es im Zusammenhang der GWA im Verband heftige Kontroversen über die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung und was denn die Rolle und Aufgabe der GWA und GemeinwesenarbeiterInnen zu sein habe.

Einig war man sich noch im Fazit der Tagung „Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik“ von 1969: „Der kritische Gemeinwesenarbeiter muss notwendigerweise den lokal begrenzten Rahmen des Gemeinwesens überschreiten durch Herstellung der Vermittlung und Übernahme politisch relevanter Rollen in Kommune und Arbeitsplatz, d.h. heute vor allem durch Motivation zu politischem Engagement“ (zit. nach: Oelschlägel 2002,12). Für viele Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarschaftsheimen war das damals ein großer Schritt, wie viel mehr noch für die Vorstände und Arbeitsausschüsse.

Unter dem Einfluss der Studentenbewegung (Randgruppenstrategie, Organisationsfrage) radikalisierte sich auch ein Teil der Gemeinwesenarbeiter, auch im Verband. Insofern ist die Kritik von Georg Zinner und Herbert Scherer berechtigt. Aber die Gemeinwesenarbeiter, auch im Verband, bestanden nicht nur aus dem Typ, „der abstraktes politisches Agieren der konkret sozialpädagogischen Arbeit vorzog“ (Zinner 1988,284) und man kann auch nicht verallgemeinernd sagen: „…die Gemeinwesenarbeit ist um 1970 unter die Schirmherrschaft der jungen, radikalen Sozialarbeiter- und Studentenbewegung geraten, und das ist ihr nicht unbedingt gut bekommen“ (Interview Rundbrief 2011/8). Vielmehr standen – schon auf der Tagung 1969, dann aber im Verband über mehrere

Mehrgenerationenhaus Stadtteilhaus Biberach an der Riß

Birgit Monteiro, Geschäftsführerin des VskA, und Sabrina Blum, Stadtteilhaus Gaisental



www.stadtteilhaus-biberach.de

Jahre wie in der GWA in Deutschland überhaupt – unterschiedliche Konzepte der GWA nebeneinander:

→ GWA als Koordination traditioneller Methoden der Sozialarbeit sowie der im Gemeinwesen arbeitenden Institutionen, Verbände und Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung aller im Gemeinwesen Tätigen

→ GWA als sozialpädagogische Strategie: Bürger werden durch Einsatz des Gemeinwesenarbeiters/der Gemeinwesenarbeiterin in die Lage versetzt, selbstständig und gemeinsam für die Befriedigung eigener Bedürfnisse und für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu sorgen.

→ Gemeinwesenarbeit als politische Strategie, die durch aggressive Intervention, um eine Formulierung C.W. Müllers aufzugreifen, um mögliche Veränderungen des Machtpotenzials im Stadtteil, vielleicht sogar in der Gesellschaft zu erreichen.

Das ist alles etwas holzschnittartig dargestellt, aber die Positionen waren damals so. Wichtig ist, dass diese Positionen im Verband lange Zeit gleichwertig nebeneinander bestehen konnten. Ich weiß aus eigener Erfahrung u.a. in Heerstraße Nord, dass Vertreter der unterschiedlichen Positionen in fruchtbarem Dialog in den Projekten zusammenarbeiteten.

Ein wesentliches Ergebnis der Tagung von 1969 war die Gründung einer Organisation der Gemeinwesenarbeiter. Die Tagungsteilnehmer beschlossen einstimmig, eine Sektion GWA zu bilden. Diese Sektion gab sich mit dem Sektionsteil des Rundbriefes ein eigenes Organ. 1971 hatte die Sektion bereits 154 Mitglieder. Die Gemeinwesenarbeiter und Gemeinwesenarbeiterinnen sahen dort die GWA als eine (berufs-)politische Alternative zur einzelfallorientierten Sozialarbeit, verstanden aber die Sektion GWA auch als eine gute Möglichkeit für viele regional arbeitenden Kollegen, Erfahrungen auszutauschen und zu bewerten und Diskussionen systematisch zu führen. Die Sektion bestand bis 1979, der GWA-Teil des Rundbriefs bis 1988.

Es wäre lohnenswert, die Geschichte der GWA der 60er und 70er Jahre anhand der vielen Projekte des Verbandes zu betrachten, wie sie in zahlreichen Beiträgen im Rundbrief dieser Jahre dargestellt wurden. Aber es bleibt nur der Raum, zusammenfassend für diese Zeit festzustellen: Schon früh stellte sich heraus, das GWA nicht „an sich“ kritisch ist. Neben der politischen GWA, die Widerstand von unten, aus den Quartieren heraus organisieren wollte, gab es ebenso Projekte, die sich der nachbarschaftlichen Hilfe und Selbsthilfe im Stadtteil verschrieben hatten. Gemeinwesenarbeit bildete immer – und nicht nur im Verband – ein Kontinuum, an dessen einen Ende ein systemkritischer, konfliktorientierter, zu Zeiten auch sozialrevolutionärer Ansatz stand, der aber nicht die ganze GWA war, wie die Kritiker im Rundbrief das meinten, und an dem anderen Ende ein staatstragender harmonischer Ansatz: „Während die eine (idealtypische) Position zentrale Aspekte wie Autonomie, Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit unauflösbar mit den strukturellen Voraussetzungen verbindet, blendet die andere Position ökonomische und sozialstrukturelle Zwänge im Wesentlichen aus und/oder rückt die soziale Ebene, insbesondere die (moralische) Disposition der Akteurinnen und Akteure in den Focus des Nahraumdiskurses“ (Stövesand 2009,79).

1973/74 führte die bis dahin tiefste Wirtschaftskrise seit 1929 weltweit, die „Ölkrise“, in Deutschland zum Ende vieler Reformen, die Geld kosteten. Im Verband wurde das deutlich durch die Liquidierung des Sanierungsprojektes des Nachbarschaftsheimes Frankfurt-Bockenheim, auch die Vorhaben im Märkischen Viertel und in Tegel in Berlin mussten die Arbeit einstellen. Seit 1972 war auch eine innenpolitische Veränderung wirksam geworden, die durch den „Radikalenerlass“ und die damit verbundenen Berufsverbote deutlich spürbar wurde. Diese Rücknahme bildungs- und sozialpolitischer Reformen und die innenpolitischen Turbulenzen führten zu Beunruhigungen und Kontroversen im Verband. Die Diskussion um eine Stellungnahme des Verbandes zu den Berufsverboten stellte ihn vor eine Zerreißprobe.

→

Nachbarschaftswerk Freiburg e.V.

Geschäftsführer Mathias Staenke

C.W. Müller schreibt zu dieser Zeit: „GWA, insbesondere in ihrer aggressiven, konfliktorientierten Form, hatte die Reformpolitik der späten 60er und der frühen 70er Jahre provokativ und zuverlässig begleitet. Wirtschaftskrise und nachlassende Experimentierfreude von Gemeinden und Verbänden, Berufsverbote und Einschränkungen im Sozial- und Bildungsbereich begannen nun wieder zu greifen und (vielleicht allzu rasch) eine allgemeine Mutlosigkeit zu verbreiten“ (Müller 1988, 131). 1975 führte der Verband noch einmal ein internationales Seminar zu Fragen der GWA durch. Unter dem Eindruck der Erfahrungsberichte der Kolleginnen und Kollegen saßen einige von ihnen abends in einer Kneipe zusammen und verfassten die „Todesanzeige“ für die GWA, vorschnell, wie die weitere Geschichte der GWA zeigte.

Gar nicht traf zu, was Herbert Scherer – Mitte der 80er Jahre zum Verband gekommen – darüber sagte: „… eigentlich ist es traurig, dass die Gemeinwesenarbeit theatralisch beendet wurde und die Akteure sich in die Hochschulen zurückgezogen haben, um von da aus mit kritischem Blick die real existierende Nachbarschaftsheimarbeit zu bewerten“ (Scherer 2011,9). Ich gehörte damals zu denjenigen, die diese Todesanzeige verfassten und weiß, dass viele von uns weiterhin in der Praxis der GWA blieben, etliche auch als Mitarbeiter oder Leiter von Einrichtungen des Verbandes oder gar Vorsitzender des Bundesverbandes wurden.

Mit der GWA war es auch nicht zu Ende. GWA als dritte Methode und auch als in sich geschlossenes Arbeitsfeld hatte zwar an Bedeutung verloren, es gab gewissermaßen als Nachfolge der Studentenbewegung eine Zunahme von Selbsthilfegruppen, Stadtteilinitiativen und neuen sozialen Bewegungen, deren Einfluss das Bewusstsein für den sozialen Raum geschärft hat und der GWA neue Impulse gab, die bis heute wirksam sind.

www.nachbarschaftswerk.de

Literatur:

W. Hartwieg: **Das Nachbarschaftsheim als Ausgangspunkt für soziale Arbeit im Gemeinwesen**“, in: Soziale Arbeit 14/1965/5/197 – 204

Hertha Kraus: **Amerikanische Methoden der Gemeinschaftshilfe – Community Organization for Social Welfare**, in: Soziale Welt 1951/184 – 192

C. Wolfgang Müller: **Wie Helfen zum Beruf wurde.** Band 2: Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit 1945 - 1995 Weinheim und Basel 1988

Klaus Niestroy: **Tendenzen der Nachbarschaftsarbeit – Formen und Entwicklungsschritte konzeptioneller Veränderungen unter Berücksichtigung pädagogischer und politischer Faktoren.** Diplomarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt am Main 1974

Dieter Oelschlägel: **Rückblick in die Zukunft II**. Kontinuitäten und Visionen, in: Rundbrief 2001/2 und 2002/1, 11-14

Dieter Oelschlägel: **Verbandsgeschichte – Zeitgeschichte: 90 Jahre Nachbarschaftsheime – 40 Jahre Verband für sozialkulturelle Arbeit**, in: Verband für sozial-kulturelle Arbeit (Hrsg.): Sozialkulturelle Arbeit Bestandsaufnahme der Arbeit in den Nachbarschaftsheimen, Bürgerzentren und Gemeinwesenprojekten. Köln 1991, 5 - 20

Herbert Scherer in: **Gesprächsrunde zur 60-jährigen Geschichte**, in: Rundbrief 2011/2/8-13

Sabine Stövesand: **Sozialraumorientierte Arbeit in Hamburg**, in: Standpunkt Sozial 2009/2/77-83
Unsere Nachbarschaftsheime 1963/1964

Georg Zinner: **Sozialkulturelle Gemeinwesenarbeit – Geschichte und Renaissance in der Bundesrepublik**, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 135/1988/12/283 - 285

Georg Zinner in: **Gesprächsrunde zur 60-jährigen Geschichte,** in: Rundbrief 2011/2/8-13

Markus Runge

Ein Plädoyer für mehr Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern

Gemeinwesenarbeit, verstanden als aktivierende soziale Arbeit im Gemeinwesen im Sinne einer Geh-Struktur, die Interessengruppen von Menschen aufbaut oder im Aufbau begleitet, spielte in den 70er und 80er Jahren in den Nachbarschaftsheimen Berlins eine wesentliche Rolle. Menschen, die sich für ihr Wohn- und Lebensumfeld engagieren wollten, wurden in der Gestaltung ihres Wohnumfeldes und der Entwicklung ihrer Nachbarschaft unterstützt und zu Eigeninitiative anregt. Es gab dabei viele Beispiele für Gemeinwesenarbeit, die von den Nachbarschaftshäusern ausging und sich für die Menschen in den Wohnquartieren jenseits der Interessen der Organisation einsetzte (Beispiele siehe Kasten).

Dass Gemeinwesenarbeit im oben verstandenen Sinn aktuell wieder stärker gefragt ist, zeigen die zahlreichen Debatten um die soziale Stadt, um soziale Stadtentwicklung und sozialen Zusammenhalt und um die Stärkung der Nachbarschaften. Gemeinwesenarbeit setzt an am zunehmenden Auseinanderfallen der Gesellschaft, zielt darauf ab, zwischen den verschiedenen Lebenswelten und Gruppen im Stadtteil Verbindungen herzustellen und Politikverdrossenheit zugunsten nachbarschaftsbezogenem bürgerschaftlichen Engagement aufzuheben. In der Kollektivierung und Veröffentlichung von Interessen marginalisierter Bevölkerungsgruppen kann Gemeinwesenarbeit eine emanzipatorische Kraft sein, die den Menschen wieder mehr Selbstbestimmung als handelnde Subjekte ermöglicht.

Warum aber, frage ich mich, finden sich in den Nachbarschaftshäusern Berlins heute trotz dieser hohen Aktualität so wenig Gemeinwesenarbeitsansätze im Sinne solcher Geh-Strukturen?

* Haben sich die Nachbarschaftshäuser zu so etablierten wohlfahrtsstaatlichen Organisationen entwickelt, dass für sie die hinausgehende Arbeit mit Interessengruppen im Stadtteil nicht mehr passend erscheint, weil diese Arbeit die Gefahr in sich birgt, gegenüber Politik und Verwaltung unbequem zu sein?

* Ist es die fehlende Trennung von Zuständigkeiten zwischen Komm- und Gehstrukturen in den Nachbarschaftshäusern, die MitarbeiterInnen mit dem Titel „Stadtteilarbeiter/Gemeinwesenarbeiter“ eher die Organisation der Komm-Strukturen, der Nachbarschaftstreffs etc. betonen lässt und unfrei macht, stärker hinauszugehen und in den direkten Kontakt mit den Menschen im Stadtteil zu kommen?

* Ist es tatsächlich so, wie Thomas Mampel und Georg Zinner es auf der Jahrestagung Stadtteilarbeit 2009 proklamierten, dass die KitaleiterInnen und Jugendarbeiter im Stadtteilzentrum Steglitz und die Kitas im NBH Schöneberg (Quelle Rundbrief1/2010) selbst Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit machen oder entspringt dies nicht eher einem Wunschdenken, welches sich aber mangels Zeit und Ressourcen so gar nicht realisieren lässt?

* Sind es tatsächlich nur fehlende Ressourcen, die in den Nachbarschaftshäusern zu einer stärkeren Gewichtung der Organisation der Infrastruktureinrichtungen führen anstelle der hinausgehenden stadtteilbezogenen Arbeit?

* Oder sind es andere Aspekte, wie das Unspezifische der Gemeinwesenarbeit (welches eher Generalisten anstatt Spezialisten fordert), das fehlende Einlassen auf offene Prozesse oder das Unpolitische der sozialen Arbeit, das zu weniger Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern führt?

Seit mehr als 10 Jahren bin ich neben meiner Arbeit im Nachbarschaftshaus Urbanstraße für das Themenfeld Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in der Lehre an einer Berliner Hochschule für Soziale Arbeit tätig. Viele Studierende fragen mich, wo gute Orte der Umsetzung von Gemeinwesenarbeit zu finden sind. Nachbarschaftshäuser erscheinen mir besonders geeignete Einrichtungen dafür zu sein. Aktuell aber tue ich mich schwer damit, viele Nachbarschaftshäuser als gute Orte der Stadteil- und Gemeinwesenarbeit zu benennen.
Alle drei Hochschulen der Sozialen Arbeit in Berlin haben Professuren für Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, die mit fachlich sehr kompetenten an Kooperationen interessierten Kolleginnen und Kollegen besetzt sind und an Praxiszugängen im Bereich der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit interessiert sind.

Schaut man aktuell auf die Internetseiten der Berliner Nachbarschaftsheime und Stadtteilzentren, findet man wenig Anzeichen dafür, dass sich Gemeinwesenarbeit als Methode der sozialen Arbeit im Sinne einer hinausgehenden Arbeit mit Interessengruppen aus Bürgerinnen und Bürgern, die sich in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes aktiv einbringen wollen, gehalten hat.
Im Organigramm des Nachbarschaftsheimes Schöneberg (http://www.nbhs.de/uploads/media/NBHS_Organigramm_A4_11_2011.pdf) finden sich unter der Überschrift Stadtteilarbeit Stichworte wie Ehrenamtliches Engagement, Selbsthilfetreffpunkt und Beratung, Kontaktstelle Pflegeengagement, Stadtteilzeitung, Community Care sowie Rechtsberatung! Nimmt man sich das Jahrbuch 2008/09 des NBH Schöneberg zur Hand, findet man dort unter dem Titel „Stadtteilarbeit in Zahlen“ Angaben zu ehrenamtlichen BetreuerInnen, zu BesucherInnen des Nachbarschaftsheimes, TeilnehmerInnen von Selbsthilfegruppen und an Kursangeboten.
Im Nachbarschaftsheim Neukölln gibt es das Bürger/innenbüro „Mitreden in Neukölln“ als Anlaufstelle für alle Interessierten im Stadtteil, die sich über Mitbestimmungsmöglichkeiten in Neukölln informieren wollen. Hier erhalten Bürgerinnen und Bürger Informationen über bestehende Netzwerke in ihrer Umgebung und über Beteiligungsmöglichkeiten wie Initiativen, Vereine und Gremien in ihrem Kiez.
Im NBH Mittelhof gibt es noch einen Stadtteilarbeiter, der allerdings in erster Linie für die Kontaktstelle Pflegeengagement zuständig ist und im Rahmen seiner Stadtteilarbeit beinahe nur Infostände des NBH Mittelhof im Stadtteil betreut.
In vielen Nachbarschaftszentren, z.B. der Fabrik Osloer Straße, der Kiezspinne oder dem Nachbarschaftshaus am Lietzensee, finden sich die Begriffe Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit aber auch gar nicht (mehr)!
Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße bildet unter allen Nachbarschaftshäusern Berlins sicherlich eine Ausnahme, da es in den letzten 2 Jahrzehnten einen besonderen Gemeinwesenarbeitsschwerpunkt entwickelt hat. Hier gibt es aktuell neben einer Gebietsbeauftragung für ein Quartiersmanagementgebiet weitere GemeinwesenarbeiterInnen, zuständig für 3 Stadtteile mit jeweils mehr als 10.000 EinwohnerInnen (weitergehende Informationen in der Broschüre „Stadtteile aktiv gestalten“).
Aber es gibt aktuell auch eine erfreuliche Information aus dem Freizeithaus Weißensee, welches zum Oktober 2012 eine Stadtteilarbeiterin eingestellt hat. Die intensiven Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in Weißensee in den letzten 5 Jahren gaben den Ausschlag dafür, als Nachbarschaftshaus stärker in den Stadtteil hinein arbeiten zu wollen.

Was sich in den Nachbarschaftshäusern Berlins in den letzten 20 Jahren überwiegend entwickelt hat, sind erfolgreiche und zweifelsohne wichtige Komm-Strukturen bzw. Infrastruktureinrichtungen, wie Nachbarschaftstreffs, Bürgerbüros und Kontaktstellen. Die

→

K.I.O.S.K. Freiburg

www.rieselfeld.org

sind von vielen Seiten – aus der Bürgerschaft, Politik, Verwaltung aber auch innerhalb der Landschaft sozialer Einrichtungen - hoch geschätzt und anerkannt und gar nicht mehr wegzudenken.
Aber verpassen wir – die Nachbarschaftshäuser – nicht vielleicht dennoch eine Chance, unsere Kompetenz für die Stadtteile auch in mehr Verantwortung für die sozialen Räume münden zu lassen? Sind nicht gerade wir in unserer besonderen nachhaltig verlässlichen Stadtteilorientierung besonders prädestiniert dafür, die Gestaltung des Zusammenlebens in den Stadtteilen, die Entwicklung der Gemeinwesen und Nachbarschaften um uns herum maßgeblich mitzubegleiten und das Feld nicht anderen Akteuren der Stadtteilarbeit und Stadtentwicklung zu überlassen?

In der Geschichte der Nachbarschaftshäuser gab es viele sehr gute Gemeinwesenarbeitsansätze (einzelne Beispiele aus der Geschichte siehe Kasten). Mit Wolfgang Hinte haben wir einen besonders erfahrenen Vertreter dieser Gemeinwesenarbeitsgeschichte im Vorstand des Dachverbandes der Nachbarschaftshäuser! Zugegeben gab es ja in der Vergangenheit große Auseinandersetzungen um die Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern, aber m.E. kann es nicht sein, dass aufgrund dieser Geschichte ein ganzer methodischer Ansatz sozialer Arbeit in den Nachbarschaftshäusern verschwindet.

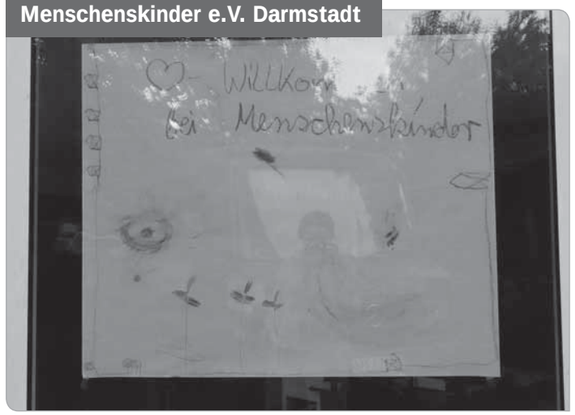
Ich möchte keine Fortsetzung der Kontroverse, viel mehr möchte ich in Abstimmung mit unserem Dachverband VskA einladen zum gemeinsamen Nachdenken über die Entwicklung von mehr Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaftshäusern. Wer wie ich das Interesse verspürt an einer stärkeren Zusammenarbeit im Kontext der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit innerhalb der Nachbarschaftshäuser aber auch zwischen Nachbarschaftshäusern und Hochschulen, kann sich gern mit mir in Verbindung setzen:
m.runge@nachbarschaftshaus.de!

Geschichte der GWA in Auszügen –
Ursprung und Berliner Bezüge
Die Settlement-Bewegung - ausgehend 1884 von den Barnetts im Stadtteil Whitechapel in London und u.a. fortgesetzt durch Jane Addams und Universitätskolleginnen in Chicago – gilt heute allgemein als Ursprung der Nachbarschaftsheime aber zugleich auch der Gemeinwesenarbeit! Die Gründung der ersten Volksheime und der SAG Berlin Ost Anfang des 20. Jahrhunderts wird in Deutschland auch als Anfang der Gemeinwesenarbeit hierzulande beschrieben.

Das 1947 gegründete Nachbarschaftsheim Mittelhof baute „mit seiner Gemeinwesenarbeit Brücken in sozial belastete Wohngebiete in der näheren Umgebung“ (mittelhof.org). Erwähnt wird hier beispielsweise die Gemeinwesenarbeit im sozialen Brennpunkt Trenckstraße und das GWA-Projekt Düppel-Nord.

1969 entwarfen praktizierende GemeinwesenarbeiterInnen auf einer Tagung des Verbands deutscher Nachbarschaftsheime und der Pädagogischen Hochschule Berlins „Arbeitsrichtlinien für Gemeinwesenarbeiter“: Gemeinwesenarbeit werde als politisches Handeln verstanden, das traditionelle Methoden der sozialen Arbeit ebenso einsetze wie sozialpädagogische Befriedung und aggressive Intervention. (http://projekte.sozwes.htwk-leipzig.de/Innovative_A/Geschichte_2.htm)
1970/71 wurde das Nachbarschaftsheim Charlottenburg in den Gemeinwesenverein Heerstraße Nord umgewandelt, aus dem später (1978) das Gemeinwesenzentrum gleichen Namens entstand. (vgl. vska.de)
Auch im Moabiter Ratschlag gab es intensive Jahre der Gemeinwesenarbeit. Leni Wolf, die 2009 den Klara-Franke-Preis erhielt, organisierte im Auftrag des Moabiter Ratschlags einige Jahre die Gemeinwesenarbeit, entwickelte Projekte wie „Mischkultur“, untersuchte Hinterhöfe und Spielplätze auf ihre Nutzbarkeit und propagierte Patenschaften für Straßengrün.
Sogar die Berliner Landesgruppe der Nachbarschaftsheime selbst initiierte Anfang der 70er Jahre eigene Gemeinwesenprojekte in Tegel-Süd und im Märkischen Viertel (Quelle: 40 Jahre Mittelhof).
Interessantes zur GWA innerhalb der Nachbarschaftsheime Berlins ist in der Broschüre „40 Jahre Mittelhof“ zu lesen: „Obwohl Gemeinwesenarbeit in der Satzung des Verbandes der Nachbarschaftsheime verankert worden war und die Berliner Landesgruppe eigene GWA-Projekte unterhielt, kam bei weitem nicht bei allen Berliner Nachbarschaftsheimen Gemeinwesenarbeit zum Tragen.“ (S. 84)
Der Mittelhof geriet mit seiner projektübergreifenden GWA unter den Nachbarschaftsheimen Berlins damals sogar eher in eine Außenseiterrolle. Offenbar wurden für den Mittelhof mit seiner an der Austragung von Konflikten orientierten GWA zugleich auch die Handlungsspielräume immer geringer, so dass zu Beginn der 80er Jahre die Gemeinwesenarbeit eher in den Hintergrund trat.

Menschenskinder e.V. Darmstadt



„Rückkehrfest“
des Nachbarschaftshauses / Mehrgenerationenhauses Wiesbaden-Biebrich
am 24. November 2012

Endlich ist es geschafft: nach 15-monatiger energetischer Sanierung fand in den Herbstferien der Rückzug des Nachbarschaftshauses in seine Räume in der Rathausstraße statt. Nachdem der für den Sommer geplante Rückzugstermin nicht gehalten werden konnte, hatte das Warten am 24.11.12 ein Ende.

Zwischen 14:30 Uhr und 19:00 Uhr stand das ganze Haus für Aktivitäten zur Verfügung. Bis dahin waren zwar noch nicht alle Hinweise auf die Bauphase verschwunden, dennoch präsentierte sich ein schmuckes modernisiertes Gebäude.

Das Nachbarschaftshausfest hat Tradition in Biebrich und war als „Rückkehrfest“ so bunt, wie es die unterschiedlichen Menschen in Biebrich sind. Die Gäste erwartete ein Fest für Groß und Klein, für Alt und Jung, für Menschen unterschiedlichster Herkunft mit den unterschiedlichsten Erwartungen. Es war ein Fest zum Mitmachen.
Da wurde gestaltet und mit Materialien hantiert, gefeiert und gegessen, viele Aktivitäten für Groß und Klein fanden statt. Das Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhaus präsentierte sich bekannt vielseitig. Neben vielfältigen Aktivitäten gab es Selbstgemachtes zum Essen und Trinken, in der Weinstube, im Wiener Café und am Wintergrill. Mehrere Kreativstände, eine Tombola, ein Film über die Sanierungsphase: dies und vieles mehr ergänzte das Bühnenprogramm.

Aus dem Pressetext von Karin Müller

www.menschenskinder-darmstadt.de

Auszug aus der Diplomarbeit von Roman Spohn

„Finanzierung von Leistungen Dritter durch Mittel der öffentlichen Hand“.

Rahmenbedingungen, Risiken und Nebenwirkungen unterschiedlicher Finanzierungsformen“

6. Allgemeine Probleme bei Finanzierungen durch Mittel der öffentlichen Hand und Lösungsansätze

Neben den in den vorangegangenen Kapiteln genannten Schwierigkeiten und Unwegsamkeiten gibt es noch eine Reihe allgemeiner Probleme, die immer wieder im Zuge einer Finanzierung Dritter durch Mittel der öffentlichen Hand auftreten. Meine eigenen gesammelten Erfahrungen decken sich dabei mit den in Presse und Literatur viel diskutieren Themen in diesem Bereich. Dabei konnte ich feststellen, dass diese Probleme landesübergreifend existieren und auch unabhängig von der Art, Summe und Größe der geförderten Projekte auftreten.

6.1 Das Prinzip der Jährlichkeit

Projekte, die eine Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand bekommen, sind an den Grundsatz der Jährlichkeit gebunden. Sie müssen daher alle Ausgaben bis zum Ende des Jahres tätigen. Bei einer Fehlbedarfs- oder Festbetragsfinanzierung gibt es noch die Zweimonatsfrist, d.h. bis spätestens Ende Februar des Folgejahres müssen die Ausgaben getätigt sein. Projekte, die jahresübergreifend sind, werden deshalb derzeit haushaltstechnisch in zwei Projekte aufgeteilt, um diese Regelung einzuhalten. Diese Problematik drängt den Zuwendungsempfänger dazu, fast illegal zu handeln, wenn er dazu genötigt wird, eine Vorabrechnung für noch nicht erbrachte Leistungen zu machen.

Die Erteilung einer endgültigen Bewilligung für ein Projekt kann sich über Monate verzögern (z.B. durch verspätete Zuwendungsbescheide), so dass der Zeitplan des Projektantrages nicht mehr eingehalten werden kann. Problematisch ist die Jährlichkeit der Förderungen auch deshalb, weil für Projektträger nicht das Kalenderjahr maßgeblich ist, sondern der Projektzeitraum. Aufgrund dieser Schwierigkeiten und der häufigen Verzögerungen bei der Bewilligung von Zuwendungsmitteln finden die meisten Veranstaltungen erst in der zweiten Jahreshälfte statt und in den ersten Monaten werden dann keine Veranstaltungen durchgeführt. Das ist aber weder für die Besucher noch für die Wirtschaftlichkeit eines Projektes eine sinnvolle Verteilung.

Als Lösungsmöglichkeit bietet sich hier an, dass Projekte auch jahresübergreifend durchgeführt werden könnten. Besonders wichtig ist es aber, dass der Verwaltungsaufwand für Zuwendungsgeber und Zuwendungsnehmer erheblich reduziert wird. Nur so können Verzögerungen innerhalb des Zuwendungsförderungsprozesses vermindert werden. Dies wäre durch eine Verschlankung und Standardisierung des Zuwendungsverfahrens erreichbar. Weitere Möglichkeiten im Umgang mit der Problematik der Jährlichkeit wären im Folgenden: Zuwendungsmittel, die nicht verbraucht wurden, könnten nach einer Antragstellung ins Folgejahr übernommen werden. Hierbei ist nicht gemeint, dass daraus eine Folgeförderung für das Projekt entsteht, sondern es gibt einem Projekt die Möglichkeit, auch nach Beendigung der Zuwendungsförderung die Mittel noch wirtschaftlich und zweckentsprechend einzusetzen. Des Weiteren könnte der Zuwendungsgeber Zuwendung aussprechen, die auf einer mehrjährigen Bewilligung basieren. Hier würde sich dann wieder eine institutionelle Förderung anbieten.

Grundsätzlich sind die Zuwendungen zeitnah zu verwenden. Diese Art der Mittelverwendung sollte noch einmal neu überdacht werden, um im Zuge der o.g. Probleme die strenge zeitliche Bindung, in der Mittel verwendet werden müssen, etwas zu lockern. Eine weitere Möglichkeit wäre, wenn eine mehrjährige Förderung gewünscht wird, einen ähnlichen Weg zu gehen, wie es im Zuge der EFRE-Förderung geschieht. Bei der EFRE-Förderung, die über 3 Jahre läuft, werden die Gesamtzuwendungsmittel, die ein Projekt erhält, in sogenannte „Jahresscheiben“ aufgeteilt. Das ist ein ungefährer Richtwert, wie viel Zuwendungsmittel in einem Jahr durch den Zuwendungsnehmer abgerufen werden können. Dabei gestaltet sich der Mittelabruf als relativ flexibel. Der Abruf hat keine zeitliche Bindung, d.h. er kann zu jeder Zeit in den 3 Jahren erfolgen. Wichtig dabei ist nur, dass die Gesamtzuwendungssumme aller 3 Jahre am Ende nicht überschritten wird. [1]

6.2 Bearbeitungszeiten der Anträge und Verwendungsnachweise

Ein großes Problem, mit dem sich die Zuwendungsempfänger konfrontiert sehen, sind die oft verspätet ausgestellten Bewilligungsbescheide. Das liegt vor allem an der langen Bearbeitungszeit der Zuwendungsanträge durch den Zuwendungsgeber. Das ist aber in Hinblick auf die Mitarbeiter des Projektes immer wieder ein Problem. Viele Aufgaben müssen erledigt werden, damit die Maßnahme starten kann. Aber ohne einen Zuwendungsbescheid erhält das Projekt keine Zuwendungsmittel und daher kann es auch die Mitarbeiter für das Projekt nicht bezahlen. So verzögert sich der Start der Maßnahme weiter und man kommt wieder auf Probleme wie im Kapitel 6.1 beschrieben zurück.

Zu spät ausgestellte Zuwendungsbescheide sind auch deshalb problematisch, da sie immer dann ein Projekt blockieren, wenn keine Vorschussbescheide[2] erteilt werden und die Eigenmittel nicht ausreichen, um die anfallenden Kosten zu decken. Damit ist das Projekt gezwungen, seine Arbeit einzustellen, da diese einfach nicht mehr finanziert werden kann.

1 Vgl. Webseite des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagements 17.09.2011 18.45 Uhr

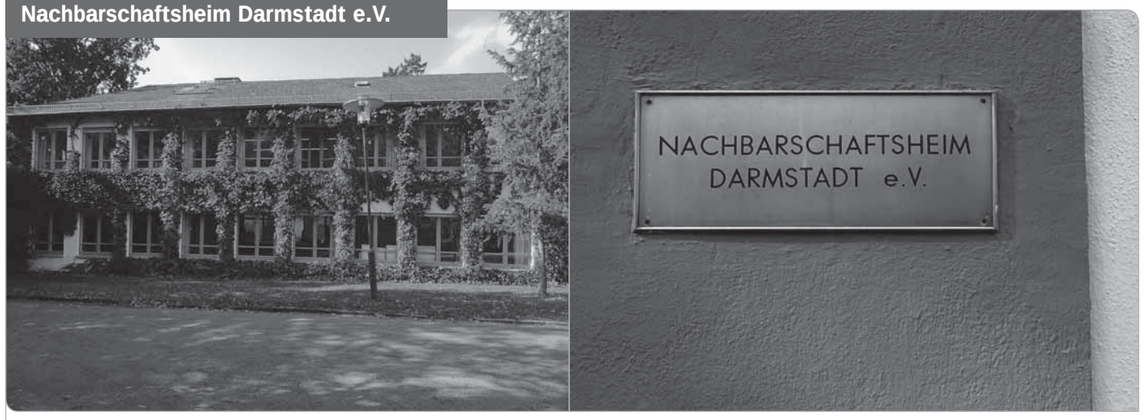
2 Ein Vorschussbescheid, ist ein Bescheid, der nur für einen kurzen Zeitraum gültig ist. Dies sind meist die ersten drei Monate zu Beginn eines Zuwendungsjahres. Er wird dann später durch den endgültigen Zuwendungsbescheid ersetzt.

Die Antragstellung an sich gestaltet sich für einen möglichen Zuwendungsnehmer mehr als schwierig. Die Zuwendungsgeber haben verschiedene Formen, wie ein Antrag zu stellen ist, wie die Mittel abzurufen sind und wie der Nachweis über die Mittelverwendung zu erbringen ist. Die Einarbeitung in diese verschiedenen Formen ist für viele Antragsteller sehr schwierig und bedeutet Mehrarbeit. Denn die meisten Projekte können sich durch eine Zuwendung alleine nicht finanzieren. Sie sind daher gezwungen, weitere Förderungen zu beantragen.

Auch die Prüfung der Abrechnungen wird für Zuwendungsempfänger zunehmend schwieriger. Wie genau wird abgerechnet und wie lange dauert es, bis das Ergebnis der Prüfung vorliegt? Das alles verunsichert die Zuwendungsnehmer zusehends. Gerade die sehr lange Bearbeitungszeit der Verwendungsnachweisprüfung empfinden viele Projekte als sehr störend. Teilweise haben die Prüfungen eine Rücklaufzeit von 2 Jahren und mehr. Damit sehen sich die Zuwendungsnehmer auch immer wieder mit dem Problem konfrontiert, etwaige Nachfragen seitens der Prüfstelle, noch Jahre nach Beendigung einer Maßnahme beantworten zu müssen. Das erweist sich in der Praxis dann teilweise als sehr schwierig. Umso wichtiger ist es, in diesem Zusammenhang noch einmal zu erwähnen, dass eine lückenlose Dokumentation der Ausgaben und Einnahmen seitens des Zuwendungsempfängers ein sehr wichtiger Punkt ist.

Mögliche Vorschläge zur Vereinfachung des Ablaufes eines Zuwendungsjahres wären zum einen, dass von der Antragsprüfung bis zur Erstellung des Bescheides nicht mehr als 2 Monate vergehen. Sollte diese in begründeten Fällen nicht möglich sein, müssten Vorschussbescheide vermehrt eingesetzt werden. Damit kann das Projekt schon beginnen und die Bewilligungsstelle hat genug Zeit, den Antrag bis zu Ende durchzuprüfen. Dies würde auch die Belastung auf Seiten des Zuwendungsgebers verringern, dem damit der Druck genommen wird, relativ zeitnah die Anträge vollständig prüfen zu müssen. Dadurch könnten schon

Nachbarschaftsheim Darmstadt e.V.



www.menschenskinder-darmstadt.de

im Vorfeld einer Maßnahme verschiedene Fehler ausgeschlossen werden, die sonst erst später oder gar nicht gefunden worden wären.

Zum anderen sollte der Prüfzeitraum von Verwendungsnachweisen neu geregelt und verkürzt werden. Dieser ist, wie schon beschrieben, bisher einfach zu lang. Dies könnte, wie schon in Kapitel 6.1 erwähnt, durch die Einführung von Zwischenverwendungsnachweisen verkürzt werden.

Des Weiteren sollten die Rahmenbedingungen von Zuwendungsvergaben einheitlich gestaltet werden, sodass der Antragsteller, egal bei welcher Institution er einen Förderantrag stellt, immer die gleichen Bedingungen vorfindet.[3]

6.3 Problematik der Eigenmittel

Wie schon an verschiedenen Stellen meiner Arbeit erwähnt, wird vom Zuwendungsnehmer erwartet, dass er in ein gefördertes Projekt Eigenmittel einbringt. Was genau aber Eigenmittel sind, wird nicht weiter definiert. Dazu gehören auf jeden Fall Mitgliedsbeiträge und Spenden. Was aber ist mit Einnahmen, die aus dem Verkauf von Eintrittskarten gewonnen werden?

Oft haben die Zuwendungsmittel nur ihre eigene ehrenamtliche Arbeitskraft, die sie in ein Projekt mit einbringen. Aber wie genau kann diese als Eigenmittel gewertet werden? Ist es überhaupt möglich, unbare Eigenmittel einzubringen? Das sind offene Fragen, die nicht näher definiert sind und damit dem Antragsteller die Arbeit unnötig erschweren.

Eine weitere Frage in Bezug auf die Eigenmittel ist, warum ein Zuwendungsnehmer überhaupt Eigenmittel mit einbringen muss. Er übernimmt Aufgaben, an denen das Land Berlin ein hohes Interesse hat, dass diese erfüllt werden. Ein Verein übernimmt also Aufgaben und Tätigkeiten anstelle des Landes Berlin. Warum muss dann ein Projekt eigene Mittel nachweisen, um diese Aufgabe zu übernehmen?

Viele Projekte können nicht realisiert werden, weil sie nicht die nötigen Eigenmittel erbringen können. So scheitern oft sehr gute und wichtige Maßnahmen schon bei der Antragstellung, da viele Vereine den Weg der Antragstellung von Fördermitteln gar nicht erst einschlagen.

Eine anders gewählte Finanzierungsform würde bei der Problematik Abhilfe schaffen. Anstatt einer Fehlbedarfsfinanzierung wird eine Festbetragsfinanzierung gewählt. Dann wird der zu erbringende Eigenmittelanteil genauer definiert und entsprechend festgelegt. Sollte eine Festbetragsfinanzierung nicht möglich sein, müsste der zu erbringende Eigenmittelanteil so gering wie möglich angesetzt werden. Die Festlegung bestimmter Summen, die als Eigenmittel einzubringen sind, wurde im Rahmen des 3. Folgevertrages „Stadtteilzentren“ nicht getätigt. Hier genügte das bloße Vorhandensein von Eigenmitteln, egal in welcher Höhe.

Des Weiteren sollte es möglich gemacht werden, das ehrenamtliche Engagement des Zuwendungsnehmers als Eigenmittel mit in den Finanzierungsplan aufzunehmen. Die Tatsache, dass Menschen ehrenamtlich in einem Projekt tätig werden möchten, sollte stärker berücksichtigt und bewertet werden. Denn das ist auch eine Art von Leistung, die zur erfolgreichen Durchführung eines Projektes erbracht wird.[4]

6.4 Zuwendungsfähige Ausgaben und nichtzuwendungsfähige Ausgaben

Immer wieder werden im Zuge einer Zuwendungsnachweisprüfung Ausgaben als nicht zuwendungsfähig bemängelt. Das hat natürlich für das Projekt immer zur Folge, dass es eine Rückzahlung leisten muss, die der Höhe der nicht anerkannten Ausgaben entspricht. Das liegt vor allem daran, dass für den Zuwendungsnehmer der Begriff der „zuwendungsfähigen Ausgaben“ nicht immer eindeutig definiert ist. Oft stellt sich für den Zuwendungsnehmer die Frage, was denn nun genau zuwendungsfähige Ausgaben sind und warum überhaupt zwischen zuwendungsfähigen und nicht zuwendungsfähigen Ausgaben unterschieden wird.

Bei der Prüfung von Ausgaben in einem Verwendungsnachweis werden oft folgende Ausgaben nicht anerkannt:

→ *Versicherungen*
Es sind grundsätzlich nur die Versicherungen zuwendungsfähig, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Dazu zählen die Kfz-Versicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung oder auch Arbeitslosenversicherung. Private Versicherungen, wie Rechtschutzversicherungen, sind nicht förderfähig. Aber genau solche Versicherungen benötigt der Zuwendungsnehmer, um sein Projekt ordnungsgemäß und risikofrei durchführen zu können.
→ *Kredit-, Beratungs- und Steuerberatungskosten*
→ *Kosten für Wirtschaftsprüfer*

Oft auch eigene Kosten, die für das Projekt notwendig sind wie:

→ *projektbezogene Personalkosten*
→ *Sach- und Bürokosten*

Ein weiteres Problem, das bei den nicht zuwendungsfähigen Ausgaben auftritt, ist das Verbot der Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen. Daraus ergibt sich ein großes Problem. Die Privatwirtschaft bildet Rücklagen, um unvorhergesehene Ereignisse im finanziellen Bereich besser abfedern zu können. Warum ist das für einen Zuwendungsgeber nicht zulässig? Es kann immer wieder zu unvorhergesehenen Kosten kommen. Wie soll dann ein Projekt diesen Ausgaben begegnen? Was passiert, wenn eine Rechnung für eine erbrachte Leistung erst nach Beendigung des Projektes eintrifft? Wie wird die bezahlt?

Um diesem Problem der zuwendungsfähigen Ausgaben zu begegnen, müsste der Begriff an sich gemeingültiger und zeitgemäßer definiert werden. Dabei ist es wichtig, die Aufgaben, die ein Projekt übernimmt, genau zu bestimmen. Daraus kann man dann ableiten, welche Ausgaben dafür notwendig sind und auch gefördert werden. Des Weiteren könnte man für bestimmte Ausgabepositionen Pauschalbeträge festlegen, die dann dort verwendet werden können. Dies würde sich besonders für die Bewirtschaftungsausgaben anbieten. Hier könnte der Zuwendungsnehmer dann mit einer festen Größe arbeiten, die nur darin reglementiert ist, dass sie für diese Kostenart zu verwenden ist. Was dort für Ausgaben getätigt werden, wird dann nur noch in Bezug auf die Kostenart geprüft.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist, dass den Projekten die Erlaubnis erteilt wird, Rücklagen und Rückstellungen zu bilden[5]. Die Höhe der zu bildenden Rücklagen könnte man prozentual an der Zuwendungssumme anpassen. Damit wäre es den Projekten möglich, auch noch Rechnungen zu begleichen, die nach Beendigung des Zuwendungsjahres anfallen. Sollte das Projekt dann wieder eine neue Förderung erhalten, könnte man die nicht verbrauchten Rücklagen mit der neuen Zuwendungssumme verrechnen. Dazu könnte man nach Ablauf eines halben Zuwendungsjahres die Zuwendungssumme noch einmal entsprechend anpassen oder die letzte Mittelauszahlung verringern.

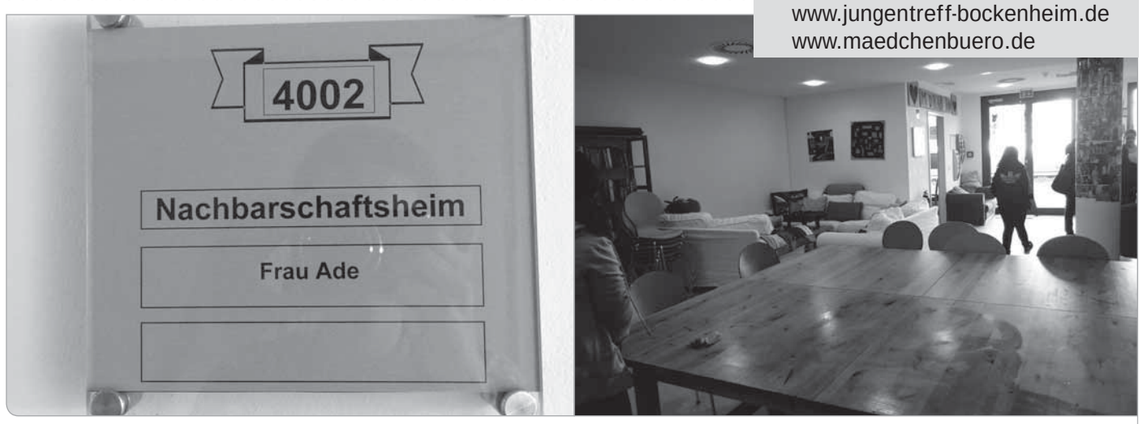
3 Vgl. Webseite des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagements 12.09.2011 13.45 Uhr

4 Vgl. Webseite des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagements 11.10.2011 19.25 Uhr

5 Vgl. Webseite des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagements 09.09.2011 11.35 Uhr

Nachbarschaftsheim Frankfurt a.M.-Bockenheim e.V.

www.jungentreff-bockenheim.de
www.maedchenbuero.de



Vanessa Schwartz, Renate Wilkening

Bericht von der Vorstandssitzung des IFS in Bristol

Der Vorstand des IFS traf sich dieses Jahr zwei Mal, um über die Visionen und Aufgaben des IFS zu diskutieren und zu entscheiden.
Der Vorstand hat entschieden, dass die „Helsinki Deklaration“, die 2005 verabschiedet wurde, nach wie vor Grundlage der Arbeit ist und Vision und Mission des IFS dokumentiert.

Die Vorstandstreffen des IFS sind jeweils an lokale Veranstaltungen in den Ländern der Mitgliedsorganisationen gekoppelt, wie z.B. im Frühjahr an die Schwedische Konferenz „Democracy, Inclusion, Youth“ in Stockholm.

Das zweite IFS-Vorstandstreffen im Herbst dieses Jahres fand daher im Rahmen der Locality-Konferenz vom 06.-07.11. in Bristol statt. Locality ist ein nationales Netzwerk in Großbritannien, das sich 2011 aus den zwei Netzwerken Developement Trusts Association (DTA) und British Association of Settlements and Social Action Centers (BASSAC) zusammengeschlossen hat.

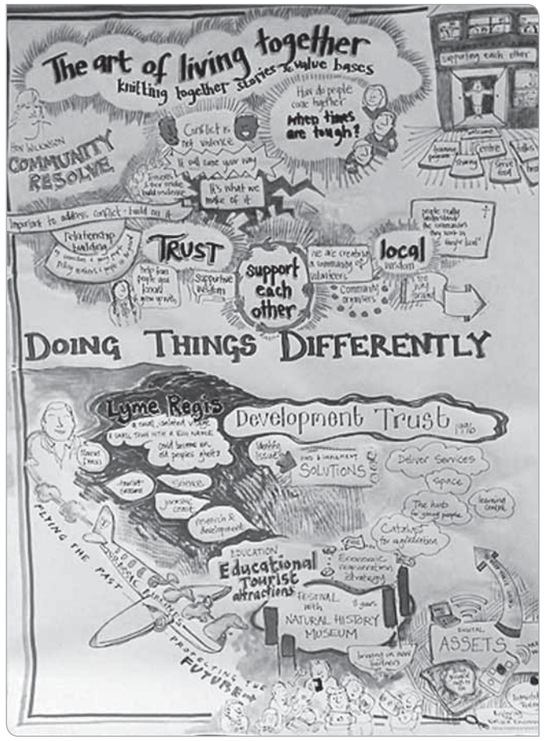
Das Netzwerk besteht aus über 700 Organisationen, die zusammen eine starke Bewegung für soziale Veränderungen in Großbritannien bilden.

600 Teilnehmer sozialer Organisationen aus aller Welt trafen sich in Bristol, um sich untereinander auszutauschen, miteinander zu vernetzen und voneinander zu lernen. Als kleine Auftaktveranstaltung gab es am Montagabend ein informelles „Meet and Greet“ in einem maritimen Restaurant direkt am Avon. Ein Großteil des IFS-Vorstandes nahm teil und wir hattten die Gelegenheit, Joanna Holmes (Vorstand Locality) und Steve Wyler (Geschäftsführer Locality) kennen zu lernen.

Der offizielle Auftakt fand am Dienstagmorgen im Plenarsaal des Hotels statt. Joanna Holmes (Vorstand Locality) begrüßte die Teilnehmenden und bat Lord Victor Adebowale (Turning Point) ans Rednerpult, der als erster Referent über die Belastbarkeit von Communities (Kommunen und Gemeinden) sprach und darüber, dass eine belastbare Kommune nicht nur überlebensfähig sei, sondern auch über Fertigkeiten, Energie, Ressourcen und Antrieb verfüge, einen starken, gesunden und vibrierenden Ort zu schaffen, an dem die Menschen gerne leben und arbeiten. Fundierte Kenntnisse und praktische Beispiele darüber, wie sich Communities belastbarer machen können, wurden am Nachmittag in 2 zweistündigen Blöcken in verschiedenen Workshops, Diskussionen und Exkursionen dargeboten.

Der zweite Tag begann für den IFS-Vorstand bereits schon vor der eigentlichen Locality-Konferenz. Das erste Vorstandstreffen hatte als Schwerpunkt die Etablierung einer IFS Europa Gruppe innerhalb des weltweiten IFS-Netzwerkes. Eine Präsentation, die von der Arbeitsgruppe IFS Europa vorbereitet wurde, gab dem gesamten Vorstand Aufschluss über Inhalte, Umfang und Ziele von IFS Europa. Neben IFS Europa werden noch weitere Regionen (IFS Lateinamerika, IFS Afrika, IFS Asien-Pazifik) stärker vernetzt, um den weltweiten IFS-Verband zu festigen. Nach einer intensiven 90-minütigen Besprechung endete das erste IFS-Meeting und die eigentliche Konferenz konnte beginnen. Zum Thema „Dinge anders machen“ gab es am Vormittag vier spannende Reden zu innovativen Ansätzen der Gemeinschaftsarbeit bei Locality, die inspirierende Ideen hervorbrachten. Ein stark besuchter und sehr interessanter Workshop ging um das Thema „Lokales Essen“. Hier wurden Projekte mit lokalen Bauernhöfen vorgestellt und Lebensmittelunternehmen, die von der Community selbst betrieben werden und sowohl das Wachsen, als auch Ernten und Verkaufen der eigenen Lebensmittel selbst mitbestimmen. Gerade vor dem Hintergrund eines ansteigenden Bewusstseins von gesundem Essen war dieser Workshop informativ und wertvoll.

Im Abschlussplenum wurde die Konferenz von David Robinson (Community Links) mit seiner Rede über die fünf Schlüsselprinzipien der Locality-Bewegung geschlossen. Während die meisten Konferenzteilnehmer_innen im Anschluss nach Hause fuhren, traf sich der IFS-Vorstand ein weiteres Mal, um über Themen und Beschlüsse zu sprechen. Am Abend wurde für die Vorstandsmitglieder ein Essen mit dem Vorstand von Locality veranstaltet. Ein Anliegen dieses Treffens war es, Locality für die Mitgliedschaft im IFS zu gewinnen.



Der Donnerstag war ausschließlich für das letzte und längste IFS-Vorstandsmeeting vorgesehen, das im „Barton Hill Settlement“ am Rande Bristols stattfand. Im obersten Stockwerk des Hauses mit einer Panoramaaussicht auf Bristol tagte der Vorstand in einer sechsstündigen Sitzung. Auf der Agenda standen u.a. die Satzungsänderung, Mitgliederbeiträge und Projekte für 2013. Michael Zisser (IFS-Präsident), der aufgrund des Sturmes in New York nicht mitreisen konnte, wurde über Skype zur Satzungsbesprechung eingeladen. Am Ende der Sitzung musste sich der Vorstand schweren Herzens von zwei langjährigen Mitgliedern verabschieden: Clare Gilhooly und Jan Buijze verlassen nicht nur den Vorstand, sondern auch den IFS-Verband. Daher wurden sie noch mit Geschenken und wertschätzenden Worten vom Vorstand verabschiedet. Sie werden beim nächsten IFS-Vorstandstreffen im Sommer 2013 in Lyon nicht mehr mit dabei sein.

Vanessa Schwartz, Renate Wilkening
http://www.ifsnetwork.org/

IFS Europe gegründet und Office in Berlin eröffnet.

Der Vorstand unseres internationalen Dachverbandes IFS hat auf seiner letzten Vorstandssitzung im November 2012 in Bristol beschlossen, ein IFS Europa Büro in Berlin zu eröffnen. Dieses Büro koordiniert die Aktivitäten der IFS Europe Group, der zurzeit 36 europäische Mitgliedsorganisationen angehören. Das IFS Europe Office ist für die nächsten zwei Jahre im Nachbarschaftszentrum ufafabrik zuhause und arbeitet mit 12 Wochenstunden.

Hintergrund ist der tiefe Wunsch und das Bedürfnis der europäischen IFS-Mitglieder, sich miteinander intensiv und konzentriert um europäische Themen zu kümmern. Dazu gehören z.B. soziale Entwicklung in Städten und Gemeinden, Jugendarbeitslosigkeit, Armut, Wirtschaftskrise.

Die Mitglieder des IFS Europe erschließen gemeinsam Ressourcen, entwickeln Programme für internationale Begegnungen und führen diese durch.

Ein weiteres Ziel ist es, politisch auf der Ebene der EU Einfluss zu nehmen, und einen Beitrag zu leisten zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Renate Wilkening

Prof. Schneider auf dem 2. Tag der Soziokultur

Kreative Vielfalt

Bundesweit fand der 2. Tag der Soziokultur unter dem Motto "JedeR ist kreativ. Wir haben das Zeug dazu. Du auch!" am Do., dem 18.10.2012 statt.
Zum zweiten Mal gaben Akteure bundesweit einen Einblick in ihre Arbeit. Kulturpolitische Prämissen wurden z.B. im Tollhaus in Karlsruhe gesetzt: Unter dem Thema „Soziokultur ist MEHR WERT“ diskutierten VertreterInnen der LAKS, des Baden-Württembergischen Landesverbandes, mit kulturpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen. Doch in den meisten Zentren standen künstlerische Angebote auf dem Programm: Konzerte und Lesungen, Tanz und Theater, Kurse und Workshops … Vielfalt und Teilhabe sind in der Soziokultur Programm.

Das breite Spektrum von Soziokultur zeigte auch die Auftaktveranstaltung am 17. Oktober im Berliner RAW-Tempel. Sie gab Raum sowohl für den politischen Diskurs als auch für künstlerische Darbietung und eigene Kreativität. Jugendliche vom Zirkus Zack und ArtistInnen des Vereins zur Überwindung der Schwerkraft e.V., einem der 65 Nutzer des RAW-Tempel, begeisterten mit ihren Darbietungen. Ihre Spielfreude übertrug sich auf das Publikum, das sich auch selbst im Jonglieren übte – und zwar mit Bällen, die den Finanzierungsmix soziokultureller Arbeit symbolisierten. Lars Johansen, Kabarettist von den Magdeburger „Kugelblitzen“, gab den Auftakt zur Diskussion. Pointiert geißelte er Thesen des „Kulturinfarkts“, der jüngst in der Kulturpolitik kontrovers diskutierten Publikation. Die Debatte selbst stand unter dem Titel „Von A wie Akquise bis Z wie Zuwendung“. Agnes Krumwiede, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Christoph Poland, MdB (CDU/CSU), Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim und Wiebke Doktor, Agentur fundamente, Duisburg, diskutierten über das Pilotprojekt „SaatGut. Fundraising für Soziokultur“ der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren vor dem Hintergrund der Kulturfinanzierung in Deutschland. Wiebke Doktor, die als Fundraiserin das Pilotprojekt begleitet, versteht Fundraising als einen Aspekt der Partizipation – als Möglichkeit, Kooperationen aufzubauen und Wirkungsmöglichkeiten für Partner aus der Wirtschaft und anderen Bereichen zu schaffen. Gerade die soziokulturellen Zentren seien die Kräfte, die neue Wege beschreiten könnten, auch im Hinblick auf alternative Finanzierungsmodelle, so Prof. Dr. Wolfgang Schneider. Christoph Poland, MdB (CDU/CSU), betonte, dass jedoch die Kommunen nicht aus ihrer Mit-Verantwortung für die soziokulturelle Arbeit vor Ort entlassen werden dürften und die kommunale Zuständigkeit erhalten bleiben müsse. Agnes Krumwiede, MdB (Bündnis90/Die Grünen), kritisierte, dass die breite gesellschaftliche Akzeptanz der Soziokultur sich nicht in der Förderpraxis des Bundes widerspiegelt. Mit rund einer Million Euro pro Jahr - lediglich 0,09 Prozent des gesamten Kulturetats - wird die Soziokultur durch die Bundesregierung gefördert. Sie forderte eine deutliche Erhöhung des Fonds Soziokultur und eine Verdoppelung der finanziellen Mittel für die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren. Im Konsens schätzten die Diskutanten Soziokultur und ihre Leistungen als unverzichtbar für die Gesellschaft ein, gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der interkulturellen Entwicklung. Nur im Zusammenwirken aller Kräfte können die Rahmenbedingungen für dieses wichtige Praxisfeld verbessert und stabilisiert werden.

Foto Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Fotograf Andreas Caspari

Weitere Informationen auf www.soziokultur.de
und www.tag-der-soziokultur.de.

Weitere Informationen und Kontakt:
Ute Fürstenberg, Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit
Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.,
Lehrter Str. 27-30, 10557 Berlin
T 030-39 74 45 93 | ute.fuerstenberg@soziokultur.de
| www.soziokultur.de

Das Fest der Nachbarn -
Rückblick 2012 und Ausblick 2013

Das Fest der Nachbarn hat eine 13-jährige Geschichte. 1999 in Paris ins Leben gerufen, weitete es sich im Jahr 2000 auf ganz Frankreich aus. 2011 wurde der European Neighbours Day in 1.200 Städten in 33 Ländern gefeiert und mobilisierte 12 Millionen Anhänger. Die Akteure sind die Bewohner der Stadt und ihre Nachbarn – und das bei einer unkomplizierten, harmonischen, gastfreundlichen und solidarischen Atmosphäre.
Das Fest der Nachbarn findet nicht zentral an einem Punkt statt, sondern dezentral an vielen verschiedenen Orten: im Innenhof oder im Garten eines Wohnhauses bzw. an unzähligen Orten, an denen Nachbarn mit Nachbarn feiern. Jeder kann (und konnte) mitmachen, eine Bank raus stellen, Nachbarn einladen zum Gespräch oder zum Essen.
Ziel ist es, die Bürger Europas enger zusammen zu bringen: Seine Nachbarn besser kennen zu lernen ist der erste Schritt hin zu einer wahren Gemeinschaft.
Das Fest der Nachbarn ist nicht „von oben“ organisiert. Im Gegenteil: Jeder, der Nachbarn hat und somit selbst Nachbar ist, war aufgerufen mitzumachen.

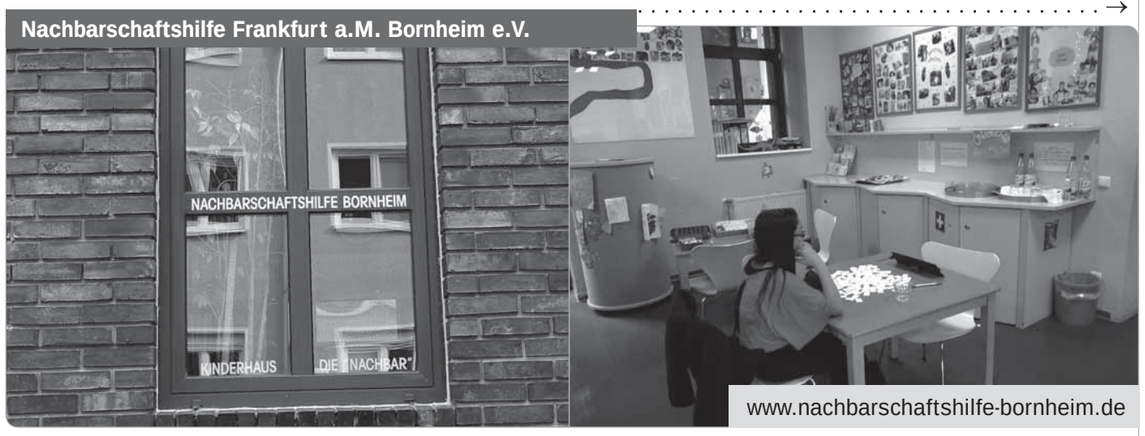
Am 01. Juni 2012 fand das Fest der Nachbarn in Berlin statt. Erstmals organisiert durch den Verband für sozial-kulturelle Arbeit und seine Mitgliedshäuser erreichte es mindestens 4.000 Menschen, verteilt auf 36 Stadtteilfeste in ganz Berlin. Doch nicht nur Mitgliedshäuser des Verbandes regten die Feierlichkeiten vor Ort an. Auch andere (gemeinnützige) Vereine, die sich Stadtteilarbeit auf ihre Fahnen geschrieben haben, richteten kleine und große Treffen vor ihren Fensterläden aus. So lud bspw. ein Verein in Berlin-Kreuzberg die vom Verband geplante Luftballonaktion mit politischen Werten auf (Kritikpunkte z. B. an der Grenzpolitik der EU, bzw. der Abschiebepraxis, Umgang mit Flüchtlingen etc.).

Apropos Luftballonaktion: Beim Fest der Nachbarn fand um 16 Uhr eine große Luftballon-Aktion in allen Berliner Kiezen statt. In ganz Berlin stiegen hunderte von Luftballons gen Himmel, um zu zeigen: Jeder ist Nachbar, immer und überall! So landete ein Luftballon gar in Polen. Eine Rückmeldung ließ auf erfreute Gesichter im angrenzenden Nachbarland schließen:

„Hallo, wir haben den Luftballon gefunden.
Er ist in Polen in dem Ort Szklarka Przygodzicka (auf Deutsch Glasdorf) am 1. Juni gegen 20 Uhr gelandet. Glasdorf (Szklarka Przygodzicka) befindet sich in der Wojewodschaft Großpolen, 20 km. von der Stadt Ostrów Wielkopolski entfernt.
Ich unterrichte Deutsch in der Grundschule im Dorf Czarnylas (auf Deutsch Schwarzwald). Das war eine super Idee.“[1]

Der deutsche Ableger des Festes der Nachbarn fand nicht nur in Berlin Gehör. Auch in Frankfurt (Oder) und Hannover wurde gefeiert! Allein in Frankfurt (Oder) fanden 16 Nachbarschaftsfeste an diesem Tag statt – in Hannover waren es immerhin 6 Orte, an denen Nachbarn mit Nachbarn feierten. Auch in München ging es fröhlich zu:
„Beschwingt und vor staunendem Publikum drehen sich die Tänzer der Tanzgruppe „Tröpferl“ paarweise zu den Rhythmen volkstümlich bayerischer Musik auf dem Platz vor dem Multikulturellem Jugendzentrum (MKJZ).
Etwas weiter hinten im Hof bereiten türkische Frauen landestypische Gerichte zu und es duftet verführerisch nach warmem Weizenfladen und exotischen Gewürzen. Zwischen den Ständen und Bierbänken spielen Kinder und Jugendliche aus über 25 verschiedenen Kulturen miteinander, versuchen extra große Seifenblasen zu machen, toben sich beim Fußball aus oder drehen am Glücksrad der Caritas.“[2]

→



Nachbarschaftshilfe Frankfurt a.M. Bornheim e.V.

www.nachbarschaftshilfe-bornheim.de

Dennoch: Am meisten wurde in Berlin gefeiert. Fast alle Berliner Stadtteilhäuser und Nachbarschaftszentren haben sich beteiligt. Herr Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales, ließ es sich nicht nehmen, die Schirmherrschaft für das Fest der Nachbarn zu übernehmen.
Was in Berlin geschah, kann nur auszugsweise vorgestellt werden:[3]

Im Kiez-Treff West fand ein öffentliches Training der Line-Dance Gruppe „Two Towers“ statt. Die Gruppe besteht aus Bewohner/innen aus Marzahn NordWest. An diesem Tag haben ca. 50 Personen teilgenommen. Das Training fand im Freien statt und wurde von Bürgerinnen und Bürgern verfolgt.

Kinder der Kita „Kiek mal“ und Besucher des Nachbarschafts- und Familienzentrums hatten den ganzen Tag Gelegenheit, sich an Murmelbahnen auszuprobieren. Beim gemeinsamen Experimentieren, Bauen und Kugeln/Murmeln gingen Erwachsene und Kinder in den Dialog. Nachbarn des Hauses hatten gemeinsam mit den Kita-Kindern und Teilnehmern verschiedener Projekte des Hauses viel Spaß und viele spannende Aha-Erlebnisse.

Eva Högl, Mitglied im Deutschen Bundestag, war ihr Besuch beim Fest der Nachbarn sogar ein Eintrag in ihrem Online-Tagebuch wert.
„Bei meinen Besuchen (beim Fest der Nachbarn) habe ich hervorgehoben, dass es europäische Werte wie Solidarität sind, die vor Ort in unseren Kiezen täglich gelebt werden. Diese Bedeutung Europas für unser Leben gerät leider in solch schwierigen europäischen Zeiten wie jetzt allzu oft in Vergessenheit.“[4]

Nun gilt es zu hoffen, dass das Fest der Nachbarn in 2013 (mindestens) genauso großartig wird. Ziel ist es, noch mehr Leute zu erreichen, in Berlin, aber auch bundesweit… und natürlich in ganz Europa!

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.das-fest-der-nachbarn.de.

(Endnotes)
1 Mail vom 04.06.2012 aus Polen
2 Aus: Wochen-Anzeiger München vom 04.06.2012
3 Stimmen aus der Auswertung des Fests der Nachbarn 2012
4 Vgl. http://blog.eva-hoegl.de/?p=4707, zuletzt eingesehen am 31. August 2012

Norbert Burger ist tot

Wir trauern um unser langjähriges Vorstandsmitglied Norbert Burger, der am 16. Mai 2012 im Alter von 79 Jahren gestorben ist.
Er lernte den Verband als Vertreter des Quäker Nachbarschaftsheims kennen. Schnell wurde er in den Vorstand gewählt und war dort lange Jahre aktiv. Herr Burger war federführend bei der Ausarbeitung der Satzung des Verbandes. Als Jurist war er hierfür prädestiniert. Seine Erfahrungen als Jugendlicher in der Nazizeit und vor allem seine intensive Prägung durch die im Quäker Nachbarschaftsheim Köln arbeitenden englischen und amerikanischen Helfer flossen in den Aufbau des Verbandes und seiner Strukturen ein.
Herr Burger war jedoch nicht nur bei der Satzung aktiv. Er hat den Verband auch auf vielen anderen Feldern gefördert und seine Richtung mitbestimmt. Einseitige politische Aktivitäten, wie die oftmals zur Debatte stehenden politischen Resolutionen hat er immer abgelehnt. Überparteilichkeit war ihm ein Anliegen. Er war ein sehr sachlicher, kritischer, interessierter und fordernder Diskussionsteilnehmer.
Herr Burger war mit zunehmender beruflicher Belastung weniger in der Lage, im Verband aktiv mitzuarbeiten und wechselte in den Beirat, dem er dann viele Jahre angehörte.
Auch danach noch bis in sein letztes Lebensjahr hat er sich immer wieder nach dem Verband erkundigt. Dieser Verband war ihm ein Herzensanliegen, der ja auch mit seiner Hilfe die Idee von Nachbarschaftszentren in Deutschland stark gemacht hat.

Dieter Oelschlägel

Die jüdische Settlementbewegung in Mitteleuropa im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Zwei Mal schon habe ich im Rundbrief über das Jüdische Volksheim im Berliner Scheunenviertel berichtet (Oelschlägel 1994 und 2005). Im zweiten Text waren auch bereits einige Anmerkungen zu jüdischen Settlements in Wien, Hamburg und Berlin gemacht worden. Inzwischen sind die Forschungen weiter gediehen, und ich kann zur Entwicklung der jüdischen Toynbeehallen und Volksheime in Europa einiges erzählen. Eine ausführlichere Darstellung des jüdischen Volksheimes in Berlin folgt dann im nächsten Jahr.

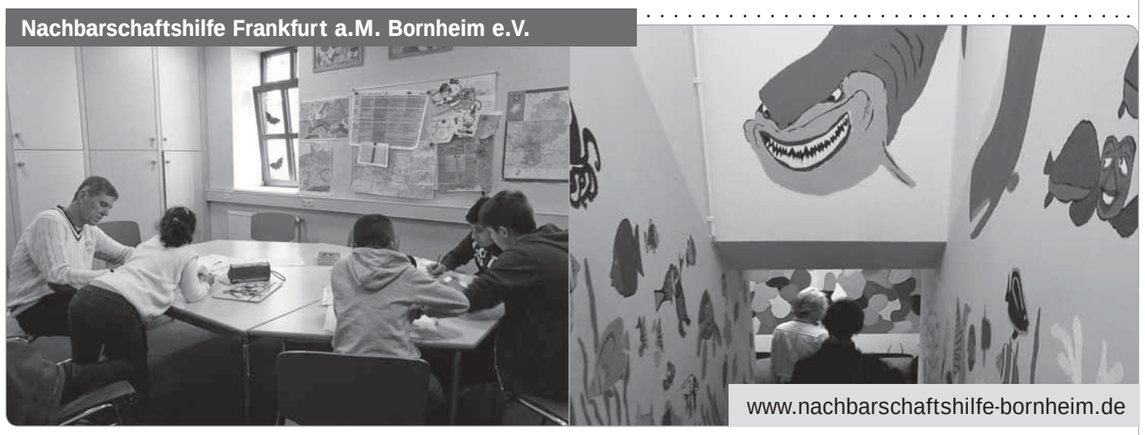
Jüdische Kreise in Europa und den USA griffen die Idee der Gründung von Settlements gern auf, „wobei kennzeichnend ist, dass die christlich-soziale Settlementidee in einen jüdischen Kontext, versehen mit modernen jüdischen Erziehungs- und Bildungswerten, übertragen wurde“ (Haustein, Waller 2009, 3). Die Settler nahmen Abstand vom Almosengeben und unterstützten die Selbsthilfekräfte der Menschen und setzten sich damit von der traditionellen Wohlfahrtspflege der damaligen Zeit ab. Das entsprach der jüdischen Tradition, die die höchste Stufe der Wohltätigkeit darin sieht, die Armen in die Lage zu versetzen, die Hilfe anderer Menschen entbehren zu können. *„Es ist der Geist, der in der Tiefe des jüdischen Herzens schlummert, dass die Armut dieselben Rechte habe, wie der Reichthum. Kein Wunder, dass sich Juden sofort für das Institut des Settlements begeisterten.“* (Die Welt 1901/24, 24)

In London gründete Lily Motagu (1873 – 1963) 1893 den West Central Jewish Girls Club, der jüdische Arbeitermädchen als Zielgruppe hatte und sich an Settlement-Prinzipien orientierte, ebenfalls wird vom Stepney Jewish Bnai Brith Settlement berichtet (vgl. Malleier 2005, 20).
Am meisten wissen wir aber über das 1919 errichtete Bernhard Baron St. Georges Jewish Settlement im Londoner Osten. Es wurde von dem jüdischen Sozialreformer Basil Henriques (1890 – 1961) und seiner Frau Rose Louise (1889 – 1977) gegründet, die über dieses Settlement 1929 in der Zeitschrift für Jüdische Wohlfahrtspflege schreibt. Dort wird anschaulich beschrieben, wie das Jüdische Settlement unter ärmlichen räumlichen Bedingungen beispielhafte Stadtteilarbeit leistete: soziale Beratung, Gesundheitsfürsorge, Clubarbeit für Kinder und Jugendliche, Zusammenarbeit mit Lehrern, Vortrags- und Bildungsarbeit für Erwachsene, Gestaltung der hohen jüdischen Feiertage.

„Wenn man gefragt wird, was der eigentliche Sinn der ganzen Settlementsarbeit ist, so müsste man etwa Folgendes antworten: die Kinder zu religiöser Toleranz zu erziehen, Vaterlandsliebe und Treue zu ihrem Land in ihnen zu erwecken und ihnen die Verpflichtungen bewusst zu machen, die sie als Juden unter Nichtjuden haben.“ (Henriques 1929, 338)

Auf dem Festland haben sich nach dem Vorbild der jüdischen Settlementbewegung zwei Stränge entwickelt: Zum einen die jüdischen Volksheime, die der Idee der Settlements am nächsten kamen, in Berlin, Hamburg, Breslau, Wien und anderen Städten, zum anderen die Toynbeehallen, die sich auf die Londoner Toynbee Hall beriefen und sich ausschließlich der Volksbildung widmeten. Solche Toynbeehallen entstanden in Wien, Prag und in vielen anderen Städten. *„Dient die Toynbeehalle dazu, dass unseren Armen das geistige Brot gereicht werde, so ist der Wirkungskreis der Settlements größer. Im Bereich des Volksheimes wird nicht nur für die geistigen, sondern auch für die körperlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse einer, je nach Anlage des Settlements, größeren oder kleineren Menge gesorgt“* (Die Welt 1901/24 S.8)

Nachbarschaftshilfe Frankfurt a.M. Bornheim e.V.



www.nachbarschaftshilfe-bornheim.de

schrieb 1901 die Wiener jüdische Wochenzeitschrift „Die Welt“ und Martin Philippson ergänzte 1910: *„Der Belehrung und Unterhaltung der unteren Klassen durch die Gebildeten dienen die Toynbeehallen, die von jüdischer Seite in mehreren großen Städten gegründet werden und in denen allabendlich während der Wintermonate viele Hunderte jüdischer Armer wohligen Aufenthalt, warme Getränke, sowie fesselnde und bildende Unterhaltung finden“* (Philippson 1910, S. 154/146). Die Toynbeehallen wurden besonders vom Orden B’nai B’rith[1] unterstützt und getragen, aber auch die Zionisten schrieben sie sich auf die Fahne: *„Der Zionismus entfaltet auch … Toynbeehallen, wo der Großstadtarbeiter abends eine helle, gewärmte Halle vorfindet und ihm ein wissenschaftlicher, religiöser, musikalischer Vortrag geboten wird (so in Wien, Mannheim, Amsterdam, Lemberg, Brünn, Olmütz etc)“* (Was will der Zionismus? 1906, S.19).

In Wien hat es beides gegeben: Toynbee-Halle und Volksheim. Der Wiener Anglist und glühende Zionist Dr. Leon Kellner[2] hatte 1898 während eines Englandaufenthaltes Toynbee-Hall und das Passmore Edwards Settlement besucht und war tief beeindruckt. Im November 1900 rief Kellner zur Gründung einer Jüdischen Toynbee-Halle in Wien auf. Der Aufruf wurde in mehreren jüdischen Zeitungen publiziert. Am 2.12.1900 wurde die Jüdische Toynbee-Halle Wien in der Webergasse 13 in der Brigittenau eröffnet. Der Andrang war so groß, dass die Eröffnungsfeier dreimal hintereinander stattfinden musste (vgl. Die Welt 1900/49/12f.). In den Statuten hieß es: „Der Verein hat den Zweck unbemittelten, wissensbedürftigen Juden in Wien in einem hierzu eingerichteten Saale (Toynbeehalle) unentgeltliche bildende und unterhaltende Belehrung zu bieten. Politische Diskussionen sind ausgeschlossen“ (Malleier 2005b, 113).

Ernst Müller[3], ein Zeitgenosse, erinnert sich später: *„Ich glaube, es war in jenem Herbst, dass in den jüdischen Vierteln der Brigittenau und Leopoldstadt eine gewisse volkstümliche Bewegung einsetzte, veranlasst durch die vom Anglisten Leon Kellner nach englischem Muster gegründete „Jüdische Toynbeehalle“. Es war gewiss nicht nur die warme Stube und der von jungen Mädchen gereichte Tee, weshalb sich Massen von Menschen anstellten, sondern auch eine gewisse volksfreundliche Wärme, in stark nationalistischem Gewande.“*

"Die Mittuenden waren außer Kellner York Steiner, der gerne seine eigenen zionistischen Skizzen vorlas, Dr. Kahn, ein in jeder Beziehung strenggläubiger Zionist, …und der Psychoanalytiker Dr. Sadger. Es wurden Vorträge, auch aus klassischer jüdischer Dichtung, oder populäre Vorträge gehalten, und Kellner regte mich an, wenn ich da war, den Abend am Klavier einzuleiten.“ (E. Müller in: Lichtblau 1997, 491)

Diese Erinnerungen zeigen deutlich, dass der Bildungsgedanke im Vordergrund der Toynbee-Hallen-Arbeit stand. Entsprechend verliefen auch die Abendveranstaltungen. Es begann um halb sieben mit einem Vortrag, der etwa 45 Minuten dauerte, danach wurden in einer Pause Tee und Brot oder Gebäck gereicht und anschließend gab es eine Diskussion zum Vortrag. Oft ergänzten auch noch musikalische Darbietungen das Programm. Inhaltlich liefen diese Abende – mindestens in der ersten Jahren – nach einem bestimmten Schema ab: montags behandelte man zumeist ein medizinisches Thema, dienstags war offener Diskussionsabend zu allgemeinen Fragen, mittwochs und sonntags stand ein Thema aus der jüdischen Geschichte oder Kultur auf dem Programm, donnerstags gab es Vorträge aus der Naturwissenschaft, freitags wurde die Bibel erklärt und samstags gab es meistens ein Konzert oder eine Lesung. 1901 stand in der Welt eine Übersicht zu einigen „charakteristischen Themen“:

I. Naturwissenschaftliches: Elemente der Mechanik – Elemente der Astronomie – Einige Hauptgesetze der Optik – Das Auge – Der Kreislauf des Blutes – Psychologie

II. Medicinisches: Antisepsis und Asepsis – Was ist Krankheit? – Das Wasser als Heilmittel – Die Gefahren des Alkoholismus – Hygiene des Mundes

III. Geschichte und Literatur: Alexander der Große – Die Juden im vorchristlichen Italien – Die Caesaren – Die Ahasver-Sage - Unsere Ahnen bei der Unterhaltung – Die Agadisten – Die Prager Judenstadt – Jüdische Kunst – Juda Halevy – Shakespeare –Hamlet – Mendelssohn – Nathan der Weise – Morris Rosenfeld – Deutsche und Spaniolen

IV. Ethisches: Nächstenliebe – Kants Ethik – Altjüdische Rechtsethik – Die Ethik des Talmud

V. Juridisches: Der Prozess – Die Todesstrafe – Die Civilehe – Der Prozess Calas – Der Prozess von Damaskus

VI. Discussionsthemen: Jüdische Dienstboten – Jüdische Frauen-Erwerbsvereine –Warum geben die Juden Mitgift? – Sind die Juden anmassend? – Die Juden und der Wucher – Jüdische Armenpflege – Welche Erwerbszweige stehen den Juden offen?“ (Die Welt 1901/15/11)

Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht, so dass man eine Person abstellen musste, sie den Einlass regelte und oft auch Interessierte abweisen musste. Wer waren die Menschen, die sich diese Vorträge anhörten?

„Das Publikum der Toynbee-Halle besteht fast zur Hälfte aus Frauen, verheirateten und ledigen. Nicht alle sind arm. Eine Frau, die zu den fleißigsten Besucherinnen gehört, hat uns mit einer reichlichen Spende überrascht. Alle Altersstufen von 20 bis 70 sind vertreten; jungen Leuten unter 20 Jahren ist der Eintritt verboten. An gutem Betragen und Intelligenz stehen die Frauen den Männern keineswegs nach; an den Diskussionen haben sich arme Arbeiterinnen in sachlicher Weise beteiligt. Das männliche Publikum besteht aus Handels-Angestellten – grösstes Kontingent! - , kleinen Gewerbsleuten, Handwerkern, Hausierern, Dienstmännern; an Sonntagen haben wir auch Soldaten bemerkt … Aus den Diskussionen ist die Landsmannschaft unserer Gäste zu erkennen; wir haben Polen, Ungarn, Böhmen, Russen und Norddeutsche gehört.“ (Kellner 1901, 294)

Es waren vor allem Juden aus Galizien, die in die Leopoldstadt gekommen waren und die Toynbee-Halle besuchten. Sie nutzten die Vorträge dazu, sich in der für sie neuen großstädtischen Umgebung zurechtzufinden und Probleme lösen zu helfen, mit denen sie konfrontiert waren. So gehörten Vorträge über die Bekämpfung der Tuberkulose, die zu der Zeit als Volksgeißel der Wiener galt, ebenso zu den von ihnen besuchten Vorträgen wie die über die „Hygiene der Kleinwohnung“ oder über die Pflege und Erziehung der Säuglinge.

Es kamen allerdings auch Juden, die kein Interesse an den Vorträgen hatten. Die Art der Auseinanderset-

1 Die Großloge Bne’Brith („Söhne der Brüder“) wurde 1843 in New York als Bund junger jüdischer Männer mit dem Ziel gegründet, hohe, edle Menschheitsziele zu verwirklichen, so auch die Not der Armen zu lindern. 1882 entstand auch die erste Loge Bne’Brith in Deutschland, in Berlin. Auch hier standen soziale Aufgaben im Vordergrund: Waisenfürsorge, Erholungsfürsorge etc. In der Weimarer Zeit gab es ca. 80 Logen. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gründeten sich in einigen westdeutschen Großstädten die Bne’Brith-Logen wieder.

2 Dr. Leon Kellner (1859 – 1928) war Anglist und Literaturhistoriker, ordentlicher Professor in Czernowitz und Wien und langjähriger englischer Sekretär des österreichischen Bundespräsidenten. Er war ein namhafter Zionist, enger Mitarbeiter und Freund Theodor Herzls.

3 Ernst Müller (1880 – 1954) zionistischer Journalist, emigrierte 1939 nach London

Bürgerschaftshaus Bocklemünd e.V. in Köln

Pädagogische Leitung: Bernd Giesecke, rechts

www.buergerschaftshaus.de

zung mit diesen Gästen zeigte deutlich die Akkulturationsbestrebungen der Leitung der Toynbee-Halle. Im Jahr 1902, so hieß es in einem Jahresrückblick Leon Kellners, der in der „Welt“ unter dem Pseudonym Leo Rafaels schrieb:

„Voriges Jahr hatten wir nämlich das allerniedrigste Menschenmaterial in die Toynbee-Halle gelassen, um an ihm einen Erziehungsversuch zu machen. Wir hatten Wochen hintereinander arbeitsscheue, skandalsüchtige, rücksichtslose Burschen geduldet und uns von ihnen allerlei Schabernack gefallen lassen, in der Hoffnung, sie würden mit der Zeit durch die Toynbee-Halle zu besseren Sitten bekehrt werden. Diese Hoffnung ging leider nur an einigen wenigen Rowdies in Erfüllung; die übrigen mussten in diesem Winter von unserer Anstalt ferngehalten werden.“
(Leo Rafaels 1903/8/5)

In den Sommerhalbjahren ersetzten regelmäßige Kurse in Hebräisch, Französisch, Englisch, Stenographie und Buchhaltung die Vortragsabende. Sonntags nachmittags wurden Ausflüge in die Umgebung Wiens unter fachlicher Begleitung von Naturforschern unternommen. Ebenfalls am Sonntag wurden Kindernachmittage angeboten. Deren Teilnehmerzahl war auf 120 begrenzt.

Die Toynbee-Halle stand in den ersten Jahren unter zionistischer Leitung. 1904 wurde sie aus finanziellen Gründen von den liberalen Juden der B`nai B`rith Loge „Eintracht“ übernommen.

Die Toynbee-Halle wechselte mehrere Male innerhalb der Brigittenau ihren Standort, bis sie schließlich 1914 im „Josefine Mendl Wohlfahrtshaus“ in der Denisgasse ihren endgültigen Ort fand. Während des ersten Weltkriegs wurde die Toynbee-Halle zu einer Betreuungsstelle für Flüchtlingskinder umfunktioniert. In der Nachkriegszeit lag die Tätigkeit danieder. In der „Jüdischen Presse“ wurde Anfang 1927 bekannt gegeben, dass der Verein „Jüdische Toynbee-Halle“ seine Tätigkeit „in der vor dem Krieg üblichen Weise wieder aufnimmt“ (Jüdische Presse 13/1927/2/17). Die Toynbee-Halle bestand trotz finanzieller Schwierigkeiten noch bis in die dreißiger Jahre und wurde gemeinsam mit dem Orden B`nai B`rith 1938 aufgelöst.

In Wien gab es auch ein Volksheim „Beth HaAm“[4]. Es wurde 1912 in der Wiener Leopoldstadt vom „Jüdischen Volksverein für die Leopoldstadt“ gegründet.

„Das Volksheim, das mit einem Lesesaal, einer Versammlungshalle, einem Rechtsschutzbureau und einem Kreditinstitute in Verbindung stehen wird, soll ein Wahrzeichen jüdischer Regeneration und Selbsthilfe und ein Brennpunkt öffentlichen jüdischen Lebens werden“ (Die Welt 1910/44/1169). Seinen Statuten zufolge sollte die Förderung des Zusammenlebens der Juden in den westlichen Bezirken Wiens durch die Veranstaltung von Kursen, Vorträgen und Diskussionsabenden sowie durch gesellige Zusammenkünfte erreicht werden. Das Motto des Jahresberichtes 1912 – „Eine Stunde Wissenschaft und gute Werke in dieser Welt sind seliger als alle Freuden der künftigen Welt“ (Hödl 1994, 165) - zeigt, dass die Unterschiede zur Toynbee-Halle nicht sehr groß waren, dass das Volksheim vielleicht sogar als zionistische Fortsetzung der Toynbee-Halle gesehen werden kann. Im Volksheim haben zahlreiche zionistische Vereine ihre Heimat gefunden, wie der „Jüdische Volksverein für die Josefstadt“, der „Jüdische Nationalverein für Österreich“, die Verbindung jüdischer Akademiker „Theodor Herzl“ und der Verein „Nes Zionah“. Die Redaktion der „Jüdischen Zeitung“ hatte ebenfalls ihren Sitz dort.

1919 entstand im Volksheim die erste Wiener Erziehungsberatungsstelle. In eine Vortragsreihe Alfred Adlers brachten Eltern ihre Kinder zur Erörterung von Erziehungsschwierigkeiten mit. Daraus entwickelte sich eine „Beratungsstelle für Erziehung“. Dieses Modell strahlte auf viele Wiener Schulen aus.

4 Beth Ha Am (hebr.) = Haus des Volkes

Quäker Nachbarschaftsheim e.V. in Köln

Von Wien aus strahlte die Idee der Toynbee-Hallen nach ganz Europa aus. Bereits 1901 konnte man in der „Welt“ lesen, dass in Brünn und Drohobycz Toynbee-Hallen gegründet worden sind und sich außerordentlichen Zuspruchs erfreuten (Die Welt 1901, 4/14 und 7/11).

In Brünn bekam die Toynbee-Halle eine Lesehalle mit Zeitschriften und eine Bibliothek, von Drohobycz berichtet die „Welt“: *„Selbstverständlich ist unsere Toynbee-Halle ein Volksheim im kleinen Stile, den sie muß den localen Verhältnissen angepasst sein“*
(Die Welt 1901/6/12).

1905 berichtet dieselbe Zeitschrift aus Krakau, dass es nach längerem Bemühen und einigen Widerständen gelungen sei, eine Toynbee-Halle zu gründen, und selbst in der Kleinstadt Jamnitz in Mähren hat ein *„Comite` … den ersten derartigen Abend veranstaltet, der sehr befriedigend ausgefallen ist.“*
(Die Welt 1901/44/13)

Von der Toynbee-Halle in Prag las man zum ersten Mal in der „Welt“ 1901:

„Zugunsten des Fonds einer zu begründenden Toynbee-Halle in Prag veranstaltet die dortige Vereinigung, Fraternitas' einen Unterhaltungsabend. Mehrere Damen des zionistischen Frauenvereins habe diese Woche die Wiener Toynbee-Halle besucht, um deren Einrichtung kennen zu lernen.“ (Die Welt 1901/7/11). Ein Jahr später, 1902, fand die konstituierende Versammlung statt mit Unterstützung vieler jüdischer Vereine. Ziel war es, „neben der Verbreitung der Bildung auch eine Nivellierung der Standesunterschiede zu schaffen“ (Die Welt 1902/6/12). Während des ersten Weltkrieges musste die Toynbee-Halle ihre Arbeit einstellen, in ihren Räumen richtete der Orden B´nai B´rith eine Schule für Flüchtlingskinder ein. Zu Beginn der 20er Jahre wurde vor allem unter dem Einfluss Gustav Flussers[5], der in der Loge Bohemia des Ordens B`nai B`rith aktiv war und es 1928 bis zu ihrem Präsidenten schaffte, die Arbeit der Toynbee-Halle wieder aufgenommen und regelmäßige Vortragsabende für Erwachsene, Kindernachmittage sowie Weiterbildungskurse abgehalten. Namhafte in- und ausländische Referenten waren zu Gast. Die Aufgabe der Toynbee-Halle war Gustav Flusser zufolge *„das Hervorrufen des jüdischen Bewusstseins in allen Kreisen der Prager jüdischen Bevölkerung, insbesondere der heranwachsenden jüdischen Jugend, die kräftige Betonung der jüdischen Idee, die Verbreitung der jüdischen Sprache und Literatur und die Vertiefung in die wichtigsten Abschnitte unserer Geschichte“* (Flusser 1923, 143 in: Koeltzsch, S.7). 1926 schrieb Flusser in einem Rückblick, dass sich ein ständiges Publikum herausgebildet habe, alte und junge Männer vor allem, die zum großen Teil aus der unteren Schicht des Prager Mittelstandes stammten (vgl. Koeltzsch, S.7).

1903 reiste Bertha Pappenheim[6] zum ersten Mal nach Galizien und Weißrußland „zum Zwecke, Informationen über den jüdischen Mädchenhandel und dessen Bekämpfung einzuziehen“ (Pappenheim, Rabinowitsch 1904, 67), der damals die jüdischen Organisationen in Deutschland beunruhigte. In einem Reisebericht schrieb sie auch über Toynbee-Hallen, dort „wird die gesellschaftliche Erziehung des Volkes gefördert … und bekommen die besitzenden Klassen die Möglichkeit, sich dem Volk zu nähern … So gibt es zionistische Toynbeehallen in Lemberg und Tarnopol“ (ebda. S.92ff.)

5 Gustav Flusser (1885 – 1940) lehrte an der Universität Prag Mathematik und Betriebswirtschaftslehre. Er war auch sozialdemokratischer Abgeordneter im Parlament. 1940 verhungerte er im Konzentrationslager Buchenwald.

6 Bertha Pappenheim (1859 – 1936), jüdische Sozialarbeiterin und Frauenrechtlerin, gründete 1904 den Jüdischen Frauenbund. 1907 eröffnete sie das Mädchenheim in Neu-Isenburg und war 1917 maßgeblich an der Gründung der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland beteiligt.

www.quaeker-nbh.de

Seit 1901 gibt es auch in Lemberg eine Toynbee-Halle.

„Gegründet im größten Judenzentrum Galiziens, war die Toynbee-Halle dazu bestimmt, ein seit langem tief empfundenes Bedürfnis zu befriedigen. In hellen Scharen strömten sie herbei, die doppelt Elenden, die jüdischen Proletarier, Männer und Frauen, um sich an den Samstag- und Sonntag-Abenden (den einzigen freien in der Woche) geistig zu zerstreuen. Hier konnten sie sich Belehrung holen in den verschiedensten Zweigen menschlichen Wissens, hier konnten sie ihr Ohr an musikalischen, gesanglichen und deklamatorischen Produktionen ergötzen und zur Abwechslung bei humoristischen Vorträgen einmal lachen." (Die Welt 1903/6/7) 1904 berichtete Marta Baer-Issachar über zionistische Kulturarbeit in Galizien und hob beispielhaft die Lemberger Toynbee-Halle hervor. Sie hatte 5917 Besucher bei 45 Vorlesungen, die von jüdischer Geschichte, Hygiene, naturwissenschaftlichen, soziologischen und literarischen Themen handelten. Wichtig waren auch die Kindernachmittage, die jedes Mal mit einem Abendbrot endeten.

„An allen modernen Bestrebungen für Galizien, auch an der durch den Orden Bnei Brith, respektive durch dessen Organ, das Jüdische (U.O.B.B.) Komitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels eingeleiteten wirtschaftlichen Hilfsaktion nimmt die Leitung der Anstalt verständnisvollen Anteil; zur Unterstützung dieser Bewegung hat sie jetzt eine jüdisch-deutsche Broschüre herausgegeben, die in einer Auflage von 7000 Exemplaren erschien. Der Inhalt war eine Übersicht über den Mädchenhandel und über die Schritte, die zu seiner Bekämpfung getan sind. Ferner erschien im August im Verlage der Toynbeehalle ein zweisprachiges Plakat, das in kurzen Zügen die Hauptleitsätze zur Verhütung der Tuberkulose einschärft. Die jüdische Toynbeehalle in Lemberg war die erste Anstalt in ganz Österreich, die einen derartigen Schritt zu Bekämpfung der Tuberkulose tat, derselbe ist von großer Wichtigkeit, wenn man bedenkt, dass ein Siebentel aller Todesfälle in Galizien auf die Tuberkulose zurückzuführen ist. Und das leider gerade die jüdische Bevölkerung ein starkes Kontingent zu dieser Ziffer stellt."
(Baer-Issachar 1904, 380)

Marta Baer-Issachar bedauerte es, dass die Toynbee-Hallen in Galizien keinen Kontakt untereinander hatten und kündigte Abhilfe durch einen Zusammenschluss an. Der Verband galizischer Toynbee-Hallen wurde allerdings erst 1911 gegründet. Da gehörten ihm außer Lemberg und Krakau 18 Toynbee-Hallen an. Im Jahr 1919 waren es 25, darunter auch Drohobycz, Brody und Tarnopol (vgl. Die Welt 1919/13/412).

Czernowitz, die Hauptstadt der Bukowina, war die Stadt in der Habsburger Monarchie, die den höchsten Anteil an jüdischer Bevölkerung aufwies. 1890 waren es 32 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es gab ein blühendes jüdisches Leben. An der Franz-Joseph-Universität waren um die Jahrhundertwende fast 50 Prozent der Studenten Juden. Auch Leon Kellner, der Gründer der Wiener Toynbee-Halle war seit 1904 außerordentlicher Professor für Anglistik dort, 1908 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt und lehrte, bis der Erste Weltkrieg auch nach Czernowitz kam. „Freilich sah sich Kellner nicht nur der Wissenschaft, sondern in herausragendem Maße auch dem jüdischen Volk verpflichtet, dessen Schicksal er sich seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts als ein geistiger wie politischer Führer widmete" (Pils 2008, 28). Er war auch in Czernowitz politisch tätig, gründete eine Handwerkerbank und regte die Gründung einer Toynbee-Halle wie in Wien an. 1910 wurde ein Trägerverein gegründet, der die Arbeit schon begann. Das Ehepaar Markus und Anna Kisslinger ließ sich von Kellner zum Bau der Toynbee-Halle bewegen. 1913 wurde sie eingeweiht. Sie war ein imposantes Gebäude in der Türkengasse mit einem großen Saal und etlichen Nebenräumen.

„Anfangs wurde diese Gründung von politischen Gegnern als politisch-tendenziös missdeutet und vielfach offen angegriffen, nach und nach hörten jedoch die Offensiven auf, als auch die Gegner die „Toynbeehalle" bei ihrer Arbeit beobachten und so ihren wahren Zweck erkennen konnten." (Die Welt 1912/8/241)

Zur Toynbee-Halle gehörte ein Lehrlingsheim, in welchem 80 Lehrlinge Aufnahme fanden. Allerdings wurde nach dem Ersten Weltkrieg das Heim 1920 aufgelöst. Es gab auch eine Volksbibliothek, eine hebräische Schule samt Kindergarten, und das Büro des zionistischen Landeskomitees fand ebenfalls in der Toynbee-Halle Unterkunft (vgl. Die Welt 1913/44/1503). Zusammen mit den für die Toynbee-Hallen üblichen Vortragsabenden wurde so der Vereinszweck des „Vereins Toynbee-Halle" erfüllt, *„der sich zur Aufgabe gesetzt hat, wissensbedürftigen Juden im Vereinshause Belehrung und bildende Unterhaltung zu bieten, die notleidenden Schichten der jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich zu fördern, sowie die Bestrebungen zu unterstützen, welche geeignet sind, der jüdischen Bevölkerung in geistiger und sittlicher Hinsicht zu nützen. Der Zweck soll erreicht werden durch Abhaltung belehrender Vorträge und Vorlesungen, durch Unterrichtskurse, durch eine Bibliothek und Lesehalle und durch Jugendfürsorge",* wie das Kuratoriumsmitglied Dr. Meyer Ebner referierte (Die Welt 1912/8/242).

Für das restliche Europa sind nur wenige Spuren zu finden. Es sind vor allem kurze Meldungen in der Wiener zionistischen Zeitung „Die Welt".

So meldete sie 1902: „Auf Veranlassung der Section ‚B`ne Zion David" Bukarest wurde nach dem Muster der Wiener Toynbee-Halle eine gleiche Institution in Bukarest gegründet" (Die Welt 1902/12/14). 1906 wurde in Jasny (Rumänien) ebenfalls eine Toynbee-Halle errichtet (Die Welt 1906/12/13).

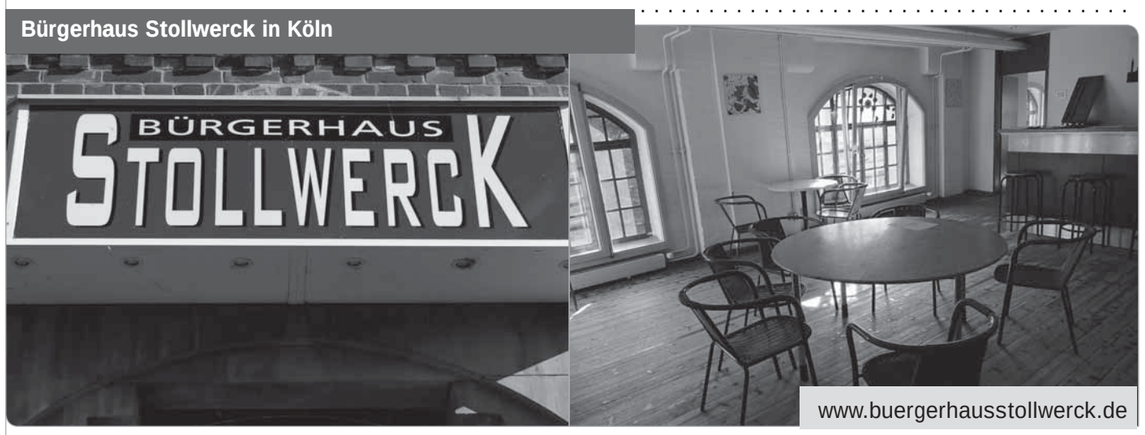
In Paris gründete der Wiener Arzt Alexander Marmorek (1865 – 1923) eine Jüdische Volksuniversität (Universite` Populaire Juive) ebenfalls nach dem Muster der Wiener Toynbee-Halle, von der „Die Welt" im Jahre 1908 schreibt: *„Man kann ohne einen Schatten von Übertreibung sagen, dass die Jüdische Volksuniversität nach allen Richtungen … eine segensreiche Einrichtung ist. Sie bietet den Einwanderern, wenn auch nur für wenige Stunden, ein Heim. Sie gibt ihnen die Möglichkeit, die Landessprache zu erlernen. Dies letztere ist von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit für das Leben hier. Nirgends stört die Unkenntnis der Landessprache so wie hier … Dann kommt die eigentliche Tätigkeit der Universität: die Vorträge, die in die Geschichte und Technik einführen, die Geselligkeit, der jüdische Einfluß usw."* (Die Welt 1908/10/8)

Und schließlich noch eine kurze Meldung aus Holland: *„Unsere holländischen Gesinnungsgenossen rüsten wacker zur Wintercampagne. Einen Theil ihrer Thätigkeit werden sie der Gründung von Toynbee-Hallen nach dem Muster der Wiener Halle widmen. Schon in den nächsten Tagen wird eine von Zionisten ins Leben gerufene Toynbee-Halle in Gravenshage eröffnet werden. Ebenso soll die von dem Holländischen Zionistenbund in Amsterdam begründete Toynbee-Halle noch im Laufe des October ihre Thätigkeit beginnen. Weitere Gründungen stehen in allernächster Zeit bevor."* (Die Zeit 1901/40/13).

Jüdische Toynbee-Hallen in Deutschland

„Von gutem Instinkt geleitet hat Professor Kellner die Toynbeehallen-Institution als eine für die Juden äusserst passende sehr rasch erkannt und sie bei denselben eingeführt. Ihre erfolgreiche Entwicklung und Verbreitung ist vielleicht mit den altbewährten guten Eigenschaften der jüdischen Gemeinschaft, die sich den sozialen Pflichten der öffentlichen Belehrung und Wohltätigkeit nie entzog, in Zusammenhang zu bringen. Ohne weiteres lassen sich diese Veranstaltungen nicht auf die jüdischen Verhältnisse übertragen, weil die Juden zum grossen Teile nicht jene Proletarierschichten besitzen, für die der englische Philanthrop die edlen Erholungsabende einrichtete. Daher entstehen unter demselben Namen verschiedene Institutionen, die mehr oder weniger von dem englischen Muster abweichen. So heben die einen hauptsächlich das Moment der Volksaufklärung her-

Bürgerhaus Stollwerck in Köln



www.buergerhausstollwerck.de

Bürgerzentrum Vingst in Köln

www.buergerzentrum-vingst.de

vor und kommen den Volkshochschulen am nächsten. Eine Beispiel für letztere sind die von den Zionisten ins Leben gerufenen, sehr gut geleiteten und vorzüglich sich entwickelnden galizischen Toynbeehallen … Anders natürlich ist es in Kulturländern. Hier ist das Moment der Belehrung und Ausbildung erst an weiterer Stelle in Betracht zu ziehen. Insbesondere in Orten, in denen die Masse der Einwanderer nicht sehr groß ist. Da handelt es sich nur um eine angenehme Zerstreuung für die Zurückgesetzten, die mit irdischen Vergnügungen nicht überhäuft sind."

„So ist die in Berlin von den Bnei Brith-Logen diesen Winter errichtete Toynbee-Halle so ziemlich der Typus einer jüdischen Toynbee-Halle des Westens. Ihre Besucher sind nicht rohe Gesellen, deren Gemüt man durch Darbietung edlen Genusses veredeln soll. Es sind vielmehr gebeugte, elende Gestalten, die für einen Augenblick emporzurichten eine lohnende Arbeit ist." (Die Welt 1905/3/6f.), konnte man in einem „Berliner Brief" lesen. Dies ist, neben der schon genannten Unterscheidung in Toynbee-Hallen und Volksheime, eine weitere interessante Differenzierung, deren Berechtigung noch zu untersuchen wäre.

Es waren auch in Deutschland die Logen des B`ne B`rith-Ordens, die die Toynbee-Hallen gründeten. Ihr Ideal war *„Juden zu vereinigen zur Förderung hoher und idealer Güter der Menschheit, den geistigen und sittlichen Charakter der Stammesgenossen zu stärken, ihnen die reinsten Grundsätze der Menschenliebe, der Ehre, der Vaterlandsliebe einzuprägen, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, die Not der Armen und Dürftigen zu lindern, die Kranken zu besuchen und zu pflegen, den Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen…"* (Knappe 2000, S. 268). In diesem Sinne entstanden neben anderen Vereinen (z.B. der Montefiore-Verein in Frankfurt) die Toynbee-Hallen.

Die Henry Jones-Loge im Hamburg hat zuerst diese Ideen übernommen und im Jahre 1902 das Israelitische Gemeinschaftshaus (Toynbee-Halle) eröffnet. In Hamburg gab es schon ein Volksheim, das im Sinne der englischen Settler arbeitete. Aber es war stark protestantisch beeinflusst und legte großen Wert auf Jugend- und Volksbildung. Es ging den Gründern des Israelitischen Gemeinschaftshauses aber nicht darum, allgemeine volkserzieherische Maßnahmen durchzuführen, sondern ihre Einrichtung sollte ein Beitrag zur Förderung jüdischen Gruppengefühls leisten. „Die soziale Aufrichtung war das wesentlichste Moment, dem wir unsere Aufmerksamkeit gewidmet haben, zur Überwindung sozialer Schäden in den eigenen Kreisen beizutragen" schrieben sie in ihrem ersten Jahresbericht (Maretzki 1907,S.241). Ein Kinderhort wurde 1902 eingerichtet, eine Lesehalle folgte. 1904 zog das Gemeinschaftshaus in das neu errichtete Logenheim, das vielen jüdische Einrichtungen (Haushaltsschule, rituelles Restaurant, Festsäle und sogar Gelegenheit zum Kegeln) Platz bot (vgl. Hirsch 1996, S.99). Als Israelitisches Gemeinschaftshaus existierte es bis 1912, ab 1914 wurde es als Jüdisches Gemeinschaftsheim weitergeführt.

1902 wurde in Mannheim eine Toynbee-Halle eröffnet und drei Jahre lang geführt. „Es stellte sich aber heraus, dass das Publikum, für welches eigentlich die Veranstaltung geschaffen war, nicht erschien, es vielmehr die jüdischen Bürgerkreise waren, welche den überwiegend größten Teil der der Besucher stellten. Danach wurde seit dem Jahre 1905 der Betrieb eingestellt." (Maretzki, 1907, S. 242)

In Frankfurt am Main befand sich ebenfalls eine Toynbee-Halle „für Notleidende" in der Königswerter Straße 26. Zu ihr gehörten eine Wärmestube, ein Lesezimmer und ein Spielzimmer. Sie war täglich von 10 – 12 Uhr und von 15 – 22 Uhr geöffnet. Jeden Sonntagabend fanden um 20 Uhr Unterhaltungsabende statt. Sie war von einer B´ne B´rith-Loge organisiert. „Dieses nach einer Modellorganisation in London organisierte Zentrum sollte den Kontakt verschiedener gesellschaftlicher Kreise untereinander fördern und wurde besonders von Ostjuden frequentiert" (Heuberger, Krake 1988, 189). Die Toynbee-Halle wurde 1932 noch erwähnt (vgl. Schiedler 1988, 110).

Offenbar nicht von der Settlementbewegung beeinflusst, aber doch nach denselben Prinzipien, gründeten die wohlhabenden Juden Johanna und Hermann Abraham in Berlin das „Israelitische Heimathaus". Der Neubau wurde 1904 in der Gormannstraße 3 eingeweiht, inklusive einer „Anstaltssynagoge".

Das Israelitische Heimathaus umfasste eine Volksküche und ein Altenheim für alleinstehende jüdische Alte. Ein Mädchenheim „sollte alleinstehenden ordentlichen Mädchen ein schützendes Obdach gewähren und Gelegenheit bieten, etwas Nützliches zu lernen und das Gelernte zu verwerten, um sich ernähren zu können und ihren Eltern eine Stütze zu sein" (Jahresbericht nebst Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1902). Eine Koch- und Haushaltungsschule bildete jüdische Mädchen zu tüchtigen Wirtschafterinnen aus. Ein israelitischer Kindergarten nebst Kinderhort nach „Fröbelschem System" bot auch „Nachhilfe in den Schularbeiten durch geprüfte Kindergärtnerinnen" (ebenda). Es gab auch Unterhaltungsabende, „die von Zeit zu Zeit veranstaltet und durch Darbietungen wie Gesangs- , Instrumental- und Deklamationskünstlern in uneigennütziger Weise geboten wurden" (ebenda).

Herman Abraham richtete in der Volksküche eine Abteilung zur Speisung armer (auch christlicher) Schulkinder ein, die sich zu 12 Kindervolksküchen, über ganz Berlin verteilt, ausweiteten.

Im November wurde ein „Verein Israelitisches Heimathaus und Volksküche" gegründet. 1903 berichtete „Die Welt" über die Generalversammlung des Vereins: *„Darnach sind im letzten Geschäftsjahr 1903 verteilt worden I. In der Volksküche: 1. Mittagsportionen von 10 – 20 Pf. 40 028 Portionen, unentgeltlich 7907 Portionen, zusammen 47 935 Portionen. 2. Abendportionen: von 10 – 20 Pf. 13 254 Portionen, unentgeltlich 5542 Portionen, zusammen 18 796 Portionen; das ist im ganzen 66 299 Portionen. II. In der Kochschule: 1. Mittagsportionen von 10 – 40 Pf. 33 326 Portionen, unentgeltlich 10 599 Portionen, zusammen 43 924 Portionen. 2. Abendportionen von 10 – 30 Pf. 14 305 Portionen, unentgeltlich 8070 Portionen, zusammen 22 375 Portionen; das ist im ganzen 66 299 Portionen oder in der Volksküche und Kochschule zusammen 133 030 Portionen. Während des Berichtsjahres bildete die Anstalt 14 Kochschülerinnen aus. Das Altenheim beherbergte im Jahre 1902 durchschnittlich 48 Greise beiderlei Geschlechts. Im Mädchenheim fanden 119 junge Mädchen ihr Unterkommen. Von diesen waren: 20 Schneiderinnen, 25 Verkäuferinnen, 22 Wirtschafterinnen, 10 Schülerinnen der Handelsschule und Akademie, 2 Kassiererinnen, 3 zur Kur hier, 2 Pflegerinnen, 1 Expedientin, 11 Buchhalterinnen, 1 Kunkelstepperin, 3 Putzmacherinnen, 4 Lehrerinnen, 2 Stenographistinnen, 3 Musikstudierende, 6 Lehrmädchen, 2 Zigarettenarbeiterinnen, 2 Zuschneiderinnen."* (Die Welt 1903/16/8)

In einem Aufruf zur Wahl der zionistischen Kandidaten im Berliner Gemeindewahlkampf im November 1901 konnte man lesen: *„Wer mit uns wünscht, dass eine Volkshalle geschaffen werde, in der sich nach der Mühe des Tages jeder Jude Erholung und geistige Anregung im jüdischen Sinne finden kann … der wähle die zionistischen Kandidaten"* (Reinharz 1981, 59). Das ist wahrscheinlich das erste – und einzige – Mal, dass deutsche Zionisten während der Gemeinderatswahlen sich für die Toynbeehallen einsetzten. Die Toynbee-Halle in Berlin wurde dann erst 1904 eröffnet, allerdings von den drei Berliner B`ne B`rith-Logen, die durch Spenden dafür 8000 Mark aufgebracht haben. *„In derselben soll dem ärmsten Teil der Stammesgenossen nach schwerer redlicher Tagesarbeit vornehme Zerstreuung, geistiger Genuss, Ablenkung von Sorge und Kummer und Gelegenheit zur Fortbildung geboten werden, ohne dass dafür irgendwelche Gegenleistung beansprucht wird"* (Die Welt 1904/37/12). Daneben wurden auch Unterhaltungsabende angeboten und Diskussionen angesetzt. *„Allein schon der erste Versuch zeigte, dass es bei der eigentümlichen Zusammensetzung unserer Zuhörerschaft ein gefährliches Unternehmen sein würde, das zu Dissonanzen führen musste. Unser Publikum ist ein fast internationales, ausser Deutschen besuchten*

Buchheimer Selbsthilfe e.V. in Köln

www.buchheimerselbsthilfe.de

die Halle Russen, Oesterreicher, besonders Ungarn und Galizier, dann Rumänen, Bulgaren usw. Vor allem kamen ausser den Arbeitern auch Studenten. Dass die politischen, sozialen und religiösen Ansichten dieser Leute verschieden waren, zeigte sich sofort. Wollten wir das ganze Unternehmen nicht gefährden, so mussten wir die Diskussionsabende aufgeben, zumal es auch ganz besonders schwierig gewesen wäre, indifferente Diskussionsthemen und vor allem tüchtige Diskussionsleiter in genügender Anzahl zu stellen.“ (Maretzki 1907, 243)

Offenbar gab es Differenzen zwischen den Logenbrüdern, die die Toynbee-Halle führten und den Zionisten, denn die „Jüdische Rundschau“ schrieb 1905: *„So löblich die Institution der Toynbeehalle ist, so dürfen wir doch wohl erinnern, dass wir seinerzeit namens ihres Vorstandes ohne jede Veranlassung von der Mitarbeit ausgeladen wurden, weil wir Zionisten sind. Das hindert uns nicht, auch allen unseren Gesinnungsgenossen den Besuch und die Mitarbeit angelegentlich zu empfehlen.“* (Jüdische Rundschau 1905/45/559)

Im Jahre 1908 zog die Toynbee-Halle von der Kaiserstr. 10 in die Gipsstr. 12a. Sie hieß dann auch „Volksbildungs- und Unterhaltungsheim (Toynbeehalle)“. Während des ersten Weltkrieges wurde sie zur Unterkunft für Notleidende. Erst in den zwanziger Jahren wurde in der „Jüdischen Rundschau“ wieder jährlich von den Semestereröffnungen berichtet. 1926 wurde im „Jüdischen Jahrbuch für Groß-Berlin“ die Mitgliederzahl von ca. 800 angegeben und zum Vereinszweck gesagt: „Veranstaltung von unentgeltlichen Unterhaltungs- und Vortragsabenden für die ärmere jüdische Bevölkerung, um ihnen Anregungen geistiger und geselliger Art zu bieten, um so die sozialen Gegensätze zu mildern“ (Jüdisches Jahrbuch für Groß-Berlin 1926, 232). Für das Jahr 1928/29 liegt noch ein Jahresbericht vor, in dem betont wird: *„Mit Genugtuung können wir konstatieren, dass, trotz aller Verbesserungsvorschläge, das im Jahre 1904 genehmigte Statut noch immer unantastbare Richtschnur unserer Tätigkeit ist, insbesondere in der Richtung, dass die Toynbee-Halle eine Veranstaltung unserer Logen ist und bleibt … Die Jüdische Toynbee-Halle übt auch Wohltätigkeit, indem sie das ganze Jahr hindurch gute alte Sachen zur Verteilung bringt und vielen armen Leuten Sabbath- und Feiertags-Mittagstisch beschafft.“* (25. Jahresbericht)

Das Ende der Toynbeehalle kam 1937. Am 19.4.1937 informierte die Gestapo die Deutsche Bank, dass die „Jüdische Toynbee-Halle für Volksbildung und Unterhaltung“ mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten sei und alle Konten beschlagnahmt seien (vgl. Berliner Zeitung vom 8.10. 1999).

Während die Toynbee-Hallen im wesentlichen auf Bildung und Unterhaltung setzten, wurde in den Volksheimen das ganze Erbe der Settler gepflegt. Darüber soll im nächsten Rundbrief berichtet werden.

Literatur:

Marta Baer-Issachar: **Zionistische Kulturarbeit in Galizien,** in: Jüdische Rundschau 1904/43/360
Gustav Flusser: **Die jüdische Toynbee-Halle in Prag,** in: B´nai B`rith. Monatsblätter der Großloge für den Cechoslovakischen Staat 2/1923/6/141 – 143 zit. nach Ines Koeltzsch sh. dort
Sabine Haustein, Anja Waller. Jüdische Settlements in Europa. **Ansätze einer transnationalen sozial-, geschlechter- und ideengeschichtlichen Forschung,** in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 2009/4/1 - 14
Rosa L. Henriques: **Das jüdische Settlement in London**, in: Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege 1/1929/333 – 338
Rachel Heuberger, Helga Krohn: **Hinaus aus dem Ghetto … Juden in Frankfurt am Main 1800 – 1950.** Frankfurt am Main 1988
Erika Hirsch: **Jüdisches Vereinsleben in Hamburg bis zum ersten Weltkrieg**. Jüdisches Selbstverständnis zwischen Antisemitismus und Assimilation. Frankfurt/Main 1996
Klaus Hödl: **Als Bettler in die Leopoldstadt: galizische Juden auf dem Weg nach Wien.** Wien 19944
Leon Kellner: **Eine jüdische Toynbee-Halle in Wien**, in: Ost und West 1901/4/Sp. 291 - 298
Sabine Knappe: **Die Wohltätigkeitsarbeit jüdischer Logen als Ausdruck jüdischer Identitätssuche und Wunsch nach Akzeptanz.** Die Henry-Jones-Loge in Hamburg, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hg.): Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa. Köln,Weimar, Wien 2000, S. 265 - 278
Ines Koeltzsch: Gustav Flusser. **Biographische Spuren eines deutschen Juden in Prag vor dem zweiten Weltkrieg.** Flusser Studies 05, S.1 – 13 URL: www.flusser-studies.net/pag/05/Gustav-Flusser.pdf (16.12.2008)
Ina Lorenz: **Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik.** Eine Dokumentation. Teil 2. Hamburg 1987
Elisabeth Malleier: **Das Ottakringer Settlement.** Zur Geschichte eines frühen internationalen Sozialprojekts, Wien 2005a
Elisabeth Malleier: **Gegen den fremden Kontinent der Armut.** Die Anfangsjahre der „Jüdischen Toynbee-Halle“ in der Brigittenau in: Jüdisches Echo. Europäisches Forumfür Kultur und Politik 2005b, Bd.54 S. 112 – 117
Louis Maretzki: **Geschichte des Ordens Bnei Briss in Deutschland 1882 – 1907**. Berlin 1907
Ernst Müller in: Albert Lichtblau (Hrsg.): **Als hätten wir dazu gehört: österreichisch-jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburger Monarchie.** Wien u.a.: 1997
Dieter Oelschlägel: **Das Jüdische Volksheim in Berlin 1916 – 1926,** in: Rundbrief des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit 1994/1/47 - 49
Dieter Oelschlägel: **Jüdische Settlementbewegung und das Jüdische Volksheim in Berlin,** in: Rundbrief der Verbandes für sozialkulturelle Arbeit e.V. 1905/2/18 - 29
Bertha Pappenheim und Sara Rabinowitsch: **Zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Galizien.** Reise-Eindrücke und Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse. Frankfurt a.M. 1904
Martin Philippson: **Neueste Geschichte des jüdischen Volkes** Band II. Leipzig 1910
http://www.archive.org/stream/neuestegeschichte-02phil/neuestegeschichte02phil_djva.txt (17.11.10)
Ramon Pils: **Leon Kellner zwischen Czernowitz und Wien,** in: Thomas Brandstätter, Dirk Rupnov, Christina Wessely (Hrsg.): Sachunterricht. Fundstücke aus der Wissenschaftsgeschichte. Wein 2008, S. 25 - 30
Leo Rafaels: **Die Wiener Toynbee-Halle im dritten Jahre,** in: Die Welt 1903/8/4-5
Jehuda Reinharz (Hrsg.): **Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882 – 1933.**. Tübingen 1981
Gerhard Schiebler: J**üdische Stiftungen in Frankfurt am Main.** Frankfurt/Main 1988
Zionistische Vereinigung für Deutschland (Hg.): **Was will der Zionismus?** Berlin 1906
http://www.archive.org/stream/waswillderzioni-00unknoog/waswillderzioni00unknoog_djva.txt (15.11.10)

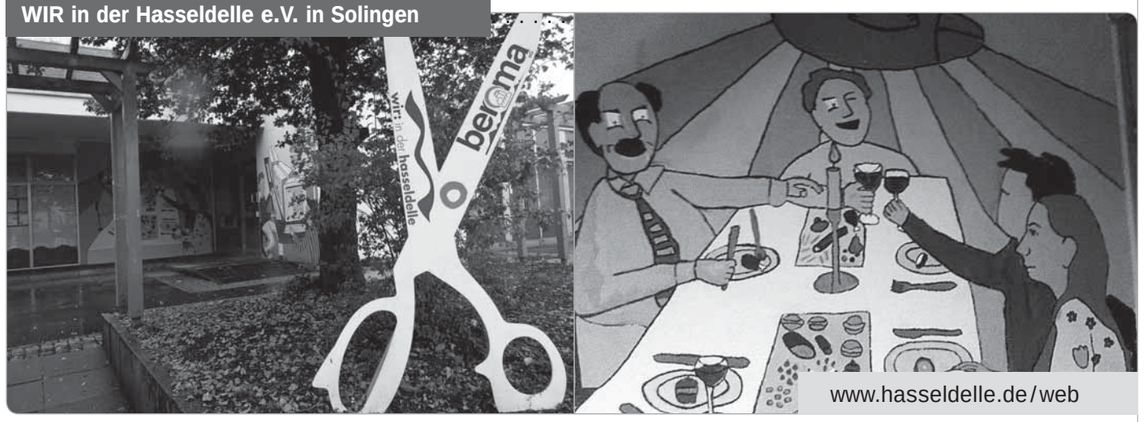
Jüdische Zeitungen:
Die Welt. Wien 1900 – 1914
Jüdische Presse 1927
Jüdische Rundschau 1903 – 1927
Neue Jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt 17/1919

Archiv:
Archiv Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ :
1, 75 A Bc 2, Nr. 298 # 528:
Verein Israelitisches Heimathaus und Volksküche – Berlin, Gormannstr. 3, Jahresbericht nebst Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1902
1, 75 A Le 1, Nr. 2#4647:
25. Jahresbericht der Jüdischen Toynbee-Halle der Berliner Bne=Brith=Logen Oktober 1928 bis ult. März 1929

Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.

www.nachbarschaftsheim-wuppertal.de

WIR in der Hasseldelle e.V. in Solingen



www.hasseldelle.de/web

Sommerfest 2009

Ingrid Alberding
(Geschäftsführung Mittelhof e.V.)

Mittelhof e.V. - gelebte Werte und Traditionen heute

Mit einer breit angelegten Diskussion über eine Standortbestimmung der Vereinsarbeit reagierten Vorstand und Geschäftsführung des „Nachbarschaftsheim Mittelhof Berlin e.V.“ im Jahre 2010 auf die zunehmende Unzufriedenheit in der Mitarbeiterschaft mit dem Namen ihres Trägers. Die MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten und Schulkooperationen an diversen Standorten in Steglitz-Zehlendorf fanden ihren Arbeitsbereich unter dem Label „Nachbarschaftsheim“ nicht ausreichend repräsentiert. Hinzu kam der historisch begründete Bezug des Namens mit der Villa in der Königstraße in Zehlendorf. „Da steht das Nachbarschaftsheim, aber wir ALLE sind der MITTELHOF.“ So und ähnlich sprachen die KollegInnen und beteiligten sich lebhaft an der folgenden Debatte. Wer sind wir heute und woher kommen wir? Für wen bieten wir unsere Leistungen an und auf welche Weise? Corporate Identity und interne Strukturen waren in der Auseinandersetzung zentrale Themen: Im Laufe von mehr als 60 Jahren hatte sich viel Neues unter dem Dach des Nachbarschaftsheimes eingefunden: Kindertagesstätten in bunter Vielfalt, Schulkooperationen vom Ehrenamtsprojekt über den Schülerclub bis zur offenen Ganztagsbetreuung, Jugendfreizeiteinrichtungen und ein Mehrgenerationenhaus. Die Analyse ergab ein klares rechnerisches Ergebnis: Wir arbeiten inzwischen unter 24 Dächern mit viel Engagement und Innovationsgeist. Alle Häuser haben eine eigene Identität als Einrichtung, sind aber miteinander in einer sozialräumlichen und thematischen Arbeitsstruktur gut vernetzt. Es wurde der Ruf nach einem neuen Vereinsnamen laut: „Das Nachbarschaftsheim ist als Trägername nicht vermittelbar“, sagten die Einen, „Nachbarschaftsheim ist Haltung und Konzept für alle“, die Anderen.

Es war eine starke, inhaltliche, vielfach auch emotionale Debatte über die Änderung unseres Vereinsnamens. Mitarbeitende und Vereinsmitglieder waren beteiligt. Am Ende stand die Verkürzung auf knapp: Mittelhof e.V.

Der Weg zu dieser von allen akzeptierten Lösung führte die Beteiligten aber durch einige Täler der Erinnerung und über manche Hügel der Vergegenwärtigung:

Am Punkt „Wo kommen wir her“ wurden die Arbeitsprinzipien der ursprünglichen Nachbarschafts- und späteren Stadtteilzentrumsarbeit noch einmal intensiv behandelt. Die Bedeutung von Selbsthilfe, bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit wurde von allen gleichermaßen hoch eingeschätzt. Dann die Erkenntnis: „Das machen wir doch auch in allen anderen Häusern“. Menschen Räume für ihre Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, Begegnungen unterschiedlicher Gruppen und zwischen den Generationen zu fördern, Gelegenheiten zu schaffen, die sinnvolle Betätigung und Engagement möglich machen, ist nicht nur im Nachbarschaftsheim Mittelhof in der Königstraße, sondern in allen Einrichtungen des Trägers gängige Praxis. Die aktive Mitarbeit in sozialräumlichen Gremien, die Nutzung, das Wissen und die Weitergabe der daraus resultierenden Informationen sind strukturell angelegter, selbstverständlicher Teil der Arbeit in den unterschiedlichen Teams. Der Leitgedanke der Nachbarschaftsarbeit wurde von Menschen aus Mitarbeiterschaft, Geschäftsführung und Vorstand, die Jahrzehnte im Träger tätig waren, schon immer in neue Arbeitsbereiche implementiert. Der „Geist des alten Mittelhof“ sollte in allen Einrichtungen leben, so wurde es gewollt und fortgetragen. Der Effekt einer solchen Arbeitsweise ist von einer großen Synergie dynamisiert. Allein hinter den weit über 1000 Betreuungsplätzen in Kitas und Schulen stehen Kinder, ihre Eltern, Großeltern, Nachbarn und Freunde. Sie alle können auf die eine oder andere Weise durch die Angebote des Trägers erreicht werden und der Träger kann durch die Menschen erreicht werden.

Gisela Hübner

Der etwas streitbar begonnene Diskurs über den Vereinsnamen drang im Verlauf noch einmal tief in die Chronik des Nachbarschaftsheim Mittelhof und der Entstehung der Nachbarschaftsheimbewegung ein. Eine gute Bildungseinheit, insbesondere für Mitarbeitende und Vereinsmitglieder, die noch nicht so lange dabei waren, wie diejenigen, die es aufgrund ihrer persönlichen Haltung und Geschichte eigentlich für selbstverständlich hielten, dass alle am gleichen Strang ziehen.

Das Resümee ließ erkennen, dass im Großen und Ganzen von allen am gleichen Strang gezogen wird. Es wurde aber auch deutlich, dass es keine geregelten Verfahren für die Ausgestaltung der Weitergabe dieses wertvollen Hintergrundwissens gibt, aus dem sich Leitbild und Arbeitshaltung des Trägers entwickelten.

So wurde beschlossen, auf mehreren Ebenen zu reagieren:
Informationen über Geschichte und Angebote des Trägers werden in allen Einrichtungen gut sichtbar zur Verfügung gestellt. Alle neuen Eltern in Kitas und Schulen bekommen sie in der obligatorischen Begrüßungsmappe ausgereicht. Alle Mitarbeitenden können auf Nachfrage über Angebote bzw. Kontaktpersonen informieren.

Und im eigentlichen Nachbarschaftsheim Mittelhof, an dem geschichtsträchtigsten aller Standorte des Mittelhof e.V. (so ist der Verein seit 2010 eigetragen), hängt nun an exponierter Stelle im Foyer eine Ausstellung über die Geschichte des Trägers und wie die alten Werte, Ziele und Traditionen in die „Neuzeit“ übertragen wurden. Heutiges Vereinsmitglied und frühere langjährige Geschäftsführerin, Gisela Hübner, unterstützte bei der Zusammenstellung und eröffnete die Ausstellung anlässlich der Wiedereröffnung des Hauses nach langer Sanierung am 1.6.2012. In ihrer Rede griff sie die Diskussion des Vereins und ihre persönliche Haltung zum Ansatz der Nachbarschaftsarbeit eindrucksvoll auf und hatte nicht nur im Bezirksbürgermeister Norbert Kopp und anderen politischen Mandatsträgern des Bezirkes, sondern auch in vielen Kindern, jungen Familien und älteren Besucherinnen und Besuchern des Hauses aufmerksame Zuhörer.

Ausstellung

Die kleine Ausstellung und weiteres geschichtliches Material sind ständig zu betrachten an den sieben wöchentlichen Öffnungstagen der Villa Mittelhof, Königstr. 42-43, in 14163 Berlin.

Auszug aus dem aktuellen Leitbild:

Geschichte, Tradition und Wertevorstellung
Seit mehr als 60 Jahren steht das Nachbarschaftsheim Mittelhof mit seiner Geschichte und Tradition für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und ethnischer Zugehörigkeit. Von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geprägte Haltungen und Werte sind durch ein humanistisches Menschenbild bestimmt. So fördert der Mittelhof eine aktive Zivilgesellschaft und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Aufgaben und Angebote
Der Mittelhof ist ein offener und lebendiger Ort für die vielfältigen Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen und Kulturen. Er bietet Raum für Begegnung, Bildung, Betreuung und Kultur, fördert den partnerschaftlichen Dialog und bildet die Grundlage für kooperatives, vernetzendes und vermittelndes Handeln in der Region.
Aufgaben und Ziele orientieren und verändern sich mit den gesellschaftlichen Bedingungen.

Grundpfeiler der Arbeit bleiben aber immer:
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement
- Unterstützung von Selbsthilfe und Eigeninitiative
- Förderung der Generationenbegegnung
- Hilfe in Notlagen
- Bereitstellung von Ressourcen (Räume, Technik, Wissen)

Als anerkannter Träger der Jugendhilfe vereinigt der Mittelhof unter seinem Dach eine Vielzahl von Kindertagesstätten, Betreuungsmodellen in Kooperation mit Schulen und Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Der Mittelhof unterstützt Bürgerinnen und Bürger darin, Lebensräume selbst zu gestalten und konkreten Einfluss auf ihr jeweiliges Handlungsfeld zu nehmen.

In allen Arbeitsfeldern des Mittelhof ist Mitsprache und Mitverantwortung Grundlage unserer Arbeit.

Der Mittelhof fördert die Integration und das gegenseitige Verständnis von Menschen mit unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Hintergründen in einem Bezirk mit großer sozialer Streuung.

Der Mittelhof gestaltet seine Angebote und Einrichtungen lebendig, attraktiv und kompetent im Sinne der Bedürfnisse der Nutzenden.

Die Häuser und Räume sind freundlich, einladend und bedarfsorientiert gestaltet. Sie verfügen über zeitgemäße technische Ausstattungen.

Publikationen zur Geschichte des Mittelhof e.V.:

Nachbarschaftsheim Mittelhof 1948,
Bericht über die Arbeit im Nachbarschaftsheim Mittelhof vom 12. Juni 1947 bis 31. Dezember 1948, Faksimile-druck November 2001

25 Jahre Mittelhof 1972, Suzanne Seeland

Dokumentation 1947 bis 1987,
40 Jahre „MITTELHOF“ Nachbarschaftsheim Berlin Zehlendorf

Zeitreise: Blick zurück - nach vorn,
Jubiläumsschriften zum 60-jährigen Bestehen des Nachbarschaftsheim Mittelhof e.V.

Betrachtungen von WegbegleiterInnen
(Themen: Jugendarbeit, Wendezeiten, Entwicklung von Kooperationen, Verbandsarbeit und politische Richtungen, Wandel von Arbeitsfeldern und -methoden usw.)

Damals und heute.
Einige Erinnerungen an Prinzipien von Gemeinwesenarbeit in Nachbarschaft und Stadtteil

Weitere Informationen unter:
www. mittelhof.org

Bildnachweise:

Titelseite: Rainer Schulz

Seite: 3, 4 - 15, 19, 21 - 31 / Bildleiste
Fotos: Josina Luzie Monteiro

Seite 8: Nachbarschaftshaus Urbanstraße
Seite 11: Nachbarschaftshaus Wiesbaden
Seite 16/17: Vanessa Schwartz
Seite 18: Andreas Caspari
Seite 20: ASB
Seite 32/33: Agnes Wischhöfer

GlücksSpirale

Der Rundbrief erscheint mit
finanzieller Unterstützung
der Glücksspirale